Warum ruft die KPD/ML bei der Bundestagswahl zum Wahlboykott auf? Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 28. August 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Manöverwelle vom Nordkap bis zum Mittelmeer

Grösste Nato-Übung seit 20 Jahren

Ein Jahr nach der Beendigung der sogenannten „Europäischen Sicherheitskonferenz" von Helsinki hat am 25. August der größte Truppenaufmarsch der Nato in Europa seit dem Ende des 2. Weltkriegs begonnen. Unter dem Namen „Autumn-Forge" werden vom Nordkap bis zum Mittelmeer in insgesamt 27 nationalen und multinationalen Großmanövern zehntausende von Soldaten, Flugzeugen, Schiffen und Panzern in Bewegung gesetzt. Sie proben den „Ernstfall", den Krieg der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion und der von ihnen beherrschten Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt um die Weltherrschaft. Ein großer, wenn nicht der hauptsächlichste Teil dieser Manöver findet auf dem Boden der Bundesrepublik bzw. mit der Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr statt.

„Aber schließlich sind es ja doch nur Manöver ...", wird vielleicht mancher sagen.

Aber natürlich werden solche Manöver nicht zum Spaß abgehalten, sondern, um die Funktionsfähigkeit der Nato für den Krieg zu überprüfen und „militärische Stärke" zu demonstrieren, wie sich der Nato-Oberbefehlshaber, US-General Haig, ausdrückte. Ganz abgesehen davon. Wenn die Imperialisten in Ost und West so viel von „Entspannung" reden, sich gegenseitig ihre „Friedensliebe" beteuern und vor einem Jahr sogar eigens eine Konferenz einberufen haben, die diese angebliche „Friedensliebe" dokumentieren sollte – gleichzeitig aber Militärmanöver in noch nie dagewesenem Ausmaß abhalten, ständig ihre Waffen perfektionieren und wie wahnsinnig aufrüsten, dann ist etwas faul. Dann heißt das, daß das ganze Gerede über die „Entspannung" nur Betrug ist, daß sich in Wirklichkeit die Spannungen zwischen den beiden Supermächten, ihre Rivalität verschärfen und sie sich auf eine kriegerische Auseinandersetzung vorbereiten.

Im „Weißbuch 75/76" erklärt Bundeskanzler Helmut Schmidt: *„Ohne militärischen Schutz läßt sich ein Leben in Frieden und Freiheit nicht gewährleisten, ist erfolgreiche Entspannungspolitik nicht möglich."* Und an anderer Stelle wird gesagt: *„Die Militärstrategie der Nato soll durch Abschreckung den Frieden bewahren und im Ernstfall durch Verteidigung den Erfolg einer Aggression verhindern."*

Richtig daran ist, daß die russischen Sozialimperialisten und der von ihnen beherrschte Warschauer Pakt keineswegs friedlich sind. Die Sowjetunion von heute ist weder „sozialistisch" noch „friedliebend", sondern eine imperialistische Supermacht, die nach der Weltherrschaft strebt. Sie verfolgt die Politik „Kanonen statt Butter" und rüstet fieberhaft zum Krieg. Ihre Atomraketen sind drohend auf Westeuropa gerichtet und ihre Panzer stehen zum Sturm auf unser Land bereit.

Aber genausowenig wie der Warschauer Pakt ist die Nato ein „Friedensinstrument". Im Gegenteil. Die Völker der Welt, ob in Kambodscha, im südlichen Afrika und Nahen Osten, ob in Lateinamerika, Spanien oder Griechenland, kennen den amerikanischen Imperialismus, der die Nato regiert, ausgezeichnet. Wenn diese imperialistische Supermacht von „Freiheit" spricht, so bedeutet das die Freiheit der amerikanischen Imperialisten, andere Völker unter ihrem Stiefel zu zertreten. Ebenso wie die russischen Sozialimperialisten streben sie nach der Weltherrschaft, danach, die ganze Welt zu unterdrücken und zu versklaven. Es ist ein doppeltes und dreifaches Verbrechen der westdeutschen Imperialisten, daß sie als Komplizen und Handlanger des amerikanischen Imperialismus am Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilnehmen wollen.

Gerade die Manöver, die jetzt begonnen haben, machen deutlich, daß die Soldaten der Bundeswehr den amerikanischen Imperialisten

Fortsetzung auf S. 12, Spalte 1



Die Bevölkerung läßt sich den Manöverterror nicht gefallen. Bauern hängten 1974 in Varralbusch diese Schilder auf.

Massaker der Reaktion im Libanon

Völkermord am palästinensischen Volk

Nach 52 tägigem erbittertem Widerstandskampf ist vor kurzem das palästinensische Lager Tel Al-Saatar bei Beirut gefallen. Tausende Palästinenser, darunter vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen, wurden im Verlauf der Kämpfe und bei der Erstürmung des Lagers auf grauenvolle Weise von den Truppen der libanesischen Reaktion ermordet. Zuvor bereits war das Palästinenserlager Dschisr Al-Pascha dem Erdboden gleichgemacht worden.

Was dort betrieben wird, ist nichts anderes als brutaler Völkermord am palästinensischen Volk, ist ein Komplott der libanesischen Reaktion, der isrealischen Zionisten und der Drahtzieher, die im Hintergrund stehen: des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus.

Das einst größte Palästinenserlager vor Beirut, Tel Saatar, in dem 20 000 palästinensische Flüchtlinge lebten, die von den israelischen Zionisten aus ihrer Heimat gewaltsam vertrieben worden waren, ist heute eine einzige Ruine. 52 Tage lang hatten die libanesischen Reaktionäre das Lager eingekesselt und von Wasser und Lebensmitteln abgeschlossen. Tag für Tag, Stunde um Stunde wurde von allen Seiten auf das Lager gefeuert. 60 000 Granaten explodierten auf dem kleinen Stück Erde. Tausende Palästinenser wurden auf diese Weise grauenvoll ermordet. Bis zuletzt kämpften die Palästinenser heldenhaft gegen die Übermacht der Reaktion. Noch nachdem das Lager von der Reaktion erobert war, wurden viele jugendliche Palästinenser in Gruppen zusammengetrieben und von den Truppen der Reaktion feige ermordet.

Fortsetzung auf Seite 2

Europäisches Stahlkartell

Bis 1980 Zehntausende von Entlassungen geplant

Der Kapitalismus kann den Werktätigen keine gesicherte Existenz bieten. Im Gegenteil. Immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte fragen sich voller Sorgen, was die kommenden Jahre bringen, wie es um ihren Arbeitsplatz, um das weitere Auskommen ihrer Familien bestellt ist. Es zeigt sich zunehmend deutlicher, daß das Geschwätz der bürgerlichen Politiker über den „Aufschwung" in scharfem Gegensatz zur Realität steht, daß das Arbeitslosenheer nichts Vorübergehendes ist, sondern Dauererscheinung, daß Rationalisierung, Stillegungen, Massenentlassungen nicht wieder aufhören. Nehmen wir einmal die Stahlindustrie. Zwischen den großen Stahlmonopolen hat sich im vergangenen Jahr die Konkurrenz auf dem Weltmarkt enorm verschärft.

1975 machte sich die kapitalistische Überproduktion im Stahlbereich in krasser Form bemerkbar. Seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 gab es keinen solch schweren Einbruch mehr auf dem Weltstahlmarkt. In der Bundesrepublik sank die Rohstahlproduktion um 24%. Durch Kurzarbeit und Entlassungen wälzten die Stahlmonopole die Krise auf die Arbeiter und kleinen Angestellten ab und sicherten sich

Fortsetzung auf S. 4 Spalte 3

Demonstrationen und Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag

Die Demonstrationen zum Roten Antikriegstag finden in Hamburg, Hannover, Frankfurt , München, Westberlin und Duisburg jeweils am 28. August statt.

Hamburg:
Demonstration: 10 Uhr, Sternschanze, Schlußkundgebung: Hbg.-Altona, b. Herti
Veranstaltung: 27. 8., 19.30 Uhr, Gaststätte Jarresstadt, Jarresstr. 27. Es wird der Film „Panzerkreuzer Potjemkin" gezeigt.
Veranstaltung: 28. 8., 17 Uhr, Elbhalle, Hbg.-Finkenwerder, Norddeich 14, (zu erreichen mit dem Bus 150 vom Bhf. Altona).

Stuttgart:
Demonstration: 10.30 Uhr, Stuttgart-Hallschlag, Dessauerstr.
Veranstaltung: 14.30 Uhr, Gaststätte Fridenau, Raitelsbergstr.

Lübeck:
Veranstaltung: 27. 8., 19 Uhr, Aegidienklause, Aegidienstraße.

Duisburg-Hamborn:
Demonstration: 10 Uhr, Altmarkt, Parallelstr., Abschlußkundgebung: 12 Uhr, Duisbg.-Marxloh, August-Bebel-Platz.

Hannover:
Demonstration: 9.30 Uhr, Am Kröpke.

München:
Demonstration: 10.30 Uhr, Kidlerplatz.
Veranstaltung: 15 Uhr, Max-Imanuel-Brauerei, Adalbertstr.

Westberlin:
Demonstration: 10.30 Uhr, Karl-Marx-Platz.
Jugendtreff der ROTEN GARDE, 18 Uhr, in den Räumen der Forster-Str. 3.

Frankfurt:
Veranstaltung: 16 Uhr, Haus Dornbusch.

Der Beginn der Demonstrationen in den anderen Orten kann in den jeweiligen Parteibüros erfragt werden.

Massaker der Reaktion im Libanon

Völkermord am palästinensischen Volk

Fortsetzung von Seite 1

Das gegenwärtige Massaker im Libanon ist nichts anderes als eine Neuauflage der Massaker, die 1970 von dem amerikanischen Marionettenregime Husseins in Jordanien am palästinensischen Volk begangen wurden. Mit einem Unterschied: Das Vorgehen der Imperialisten und ihrer Handlanger gegen das palästinensische Volk ist noch brutaler, noch grausamer geworden.

Ziel dieses Vorgehens ist, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes um jeden Preis auszulöschen, denn er ist für die Hegemoniepläne, die die beiden Supermächte im Nahen Osten verfolgen, ein schweres Hindernis. Seit das palästinensische Volk von den israelischen Zionisten mit Hilfe der Imperialisten seiner Heimat beraubt wurde, hat es nicht aufgehört, den Kampf für die Befreiung seiner Heimat zu führen. Im Gegenteil wurde dieser Kampf auf

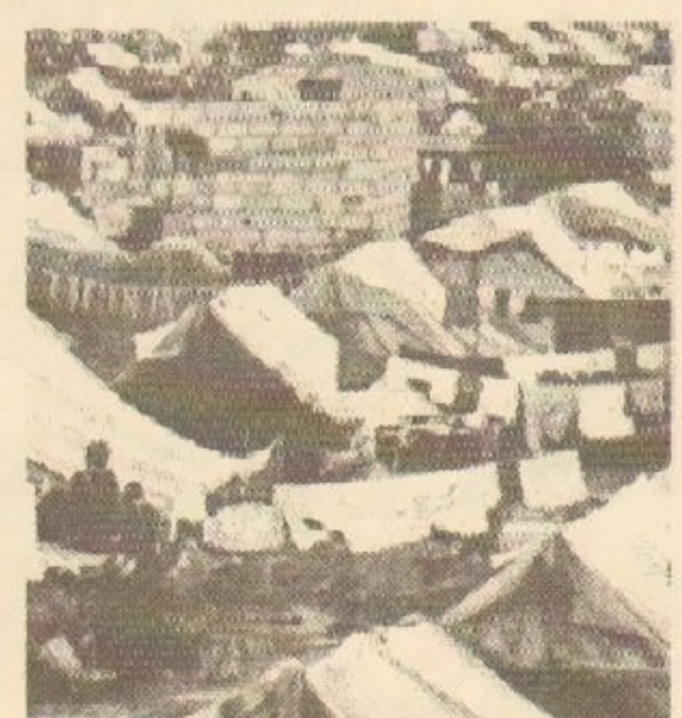


Opfer des faschistischen Terrors der libanesischen Reaktionäre

Was da vor sich ging, hat nichts mit einem „Religionskrieg" zu tun, wie die bürgerliche Presse stets berichtet. Sondern dort läuft ein abgekartetes Spiel der übelsten Kräfte der Weltreaktion mit dem Ziel, das palästinensische Volk auszurotten: Während die libanesischen Reaktionäre auf die Palästinenserlager feuerten, kreuzten zugleich Kriegsschiffe der zionistischen Militärflotte in den Häfen Sidon und Tyre und errichteten eine Seeblockade, damit kein Schiff aus anderen arabischen Ländern den Palästinensern Waffen zu ihrer Verteidigung bringen konnte. Und woher waren die Panzer, mit denen die libanesischen Reaktionäre das Lager umzingelten? Sie wurden im Hafen Jounie direkt aus den USA importiert angelandet, zusammen mit anderen modernen Waffen für die reaktionären Falangisten. Und während so das palästinensische Volk in den libanesischen Lagern gemordet und unter Druck gesetzt wird, sind es die neuen Zaren im Kreml, die immer wieder fordern, das palästinensische Volk solle seinen Kampf zur Befreiung seiner Heimat, die von den israelischen Imperialisten besetzt gehalten wird, aufgeben und am Verhandlungstisch sich seinen Mördern und Feinden unterwerfen und mit ihnen den Frieden eines Sklaven schließen.

eine immer höhere Stufe gehoben und erfaßte immer breitere Teile des palästinensischen Volkes in den okkupierten Gebieten wie auch in den Lagern im Libanon, in Jordanien usw. Für die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus wie auch den russischen Sozialimperialismus, die sich der israelischen Zionisten bedienen, um die arabischen Völker niederzuringen und ihre Herrschaft im Nahen Osten zu errichten, ist dieser Kampf eine ernste Gefahr, der ihre Pläne zum Scheitern verurteilt.

Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk oder in die Knie vor den Reaktionären und Zionisten und ihren Drahtziehern in Moskau und Washington – das ist die Alternative, vor die die Imperialisten das palästinensische Volk stellen wollen. Ganz in diesem Sinne erklärte der Vertreter des US-Imperialismus, Joseph Cisco, am 5. August in einem Interview über die wichtigsten Punkte der US-Politik im Nahen Osten: „Eine Schwächung auf breiter Ebene der palästinensischen Bewegung würde große Aussichten in Richtung einer arabisch-israelischen Aussöhnung erschließen!" Man muß nur genügend abschlachten, dann werden sie sich unterwerfen – das ist die mörderische Logik der Imperialisten, wie sie in Washington und Moskau verfolgt wird und wie sie bei dem Massaker in Tel Saatar ihre Anwendung gefunden hat.



In solchen und ähnlichen trostlosen Lagern muß das palästinensische Volk schon seit 1948 leben.

Die palästinensische Befreiungsbewegung und das palästinensische Volk jedoch werden sich nicht einschüchtern lassen, sondern ihren Kampf noch entschlossener fortführen. Die „Stimme Palästinas", der Rundfunksender der PLO, erklärte dazu: **„Der blutige Einmarsch nach Tel Al-Saatar hat uns getroffen. Er beeinträchtigt jedoch in keiner Weise unsere Entschlossenheit. Tel Al-Saatar ist in unseren Augen nicht gefallen, es wird ein Symbol unserer Entschlossenheit bleiben, die Kämpfe zur Verteidigung der Revolution und zur Verwirklichung der Ziele, für die die Lagerverteidiger gekämpft haben, fortzusetzen."**



Mit Waffengewalt gehen die libanesischen Reaktionäre gegen die wehrlose palästinensische Bevölkerung vor.

DDR-Regime

Gegen das angolanische Volk

Wie kürzlich bekannt wurde, leistet auch das DDR-Regime seinen Beitrag zur Unterdrückung des angolanischen Volkes durch den russischen Sozialimperialismus und seine kubanischen und angolanischen Söldner.

Der „Berliner Rundfunk" meldete am 15.5.76, daß eine erste Gruppe von angolanischen Soldaten von der DDR nach Angola zurückkehre. Angeblich waren diese Soldaten in der DDR gesundgepflegt worden. Noch im selben Monat traf eine weitere Gruppe angolanischer Soldaten in der DDR ein. Gleichzeitig gab der „Berliner Rundfunk" bekannt, daß allein in den zwei zurückliegenden Monaten drei Schiffe und zahlreiche Flugzeuge mit „Solidaritätslieferungen" von der DDR-Führung nach Angola geschickt worden seien.

Von Anfang an hatte die Honekker-Clique wortreich die Aggression des russischen Sozialimperialismus in Angola unterstützt, hatte sie die Besetzung Angolas durch kubanische Söldnertruppen bejubelt. Diese Meldung des „Berliner Rundfunks" zeigt, daß es nicht bei Worten allein geblieben ist.

Natürlich versucht die Honecker-Clique, ihren Taten einen fortschrittlichen Anstrich zu geben. Sie spricht von „internationaler Solidarität" mit dem angolanischen Volk und nennt diese angolanischen Soldaten, die sich in der DDR aufhielten, „Patrioten". In Wirklichkeit sind diese Soldaten aber nichts anderes als moskauhörige Verräter, die an der Seite der kubanischen Söldnerarmee im Interesse des russischen Sozialimperialismus gegen ihre eigenen Landsleute vorgehen; die es als „Befreiungskampf" bejubeln, wenn die kubanische Armee angolanische Dörfer bombardiert und Hunderte ermordet; die es als „patriotische Heldentat" feiern, wenn die wirklichen patriotischen und revolutionären Kräfte Angolas, wie etwa der ehemalige Ehrenpräsident der MLPA, Adrade, ins Gefängnis geworfen werden.

Kurz berichtet

MONTABAUR

Jetzt erschien die erste Nummer von „Der Rote Hahn", Zeitung der vor kurzem gegründeten ROTEN GARDE Montabaur. Die erste Nummer der Zeitung stellt im Leitartikel die ROTE GARDE vor. Zwei Artikel beschäftigen sich mit der Lage der Arbeiterjugend im Osten und im Westen Deutschlands. Es wird über das Pfingstzeltlager der ROTEN GARDE berichtet u.a.m.

HAMBURG

Am 17. August sollten in die Gewerbeschule 6 in Hamburg mehrere Bundeswehrjugendoffiziere kommen. Die ROTE GARDE verteilte dazu ein Flugblatt, das den imperialistischen Charakter der Bundeswehr entlarvte und zur Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration aufrief. Das Flugblatt war Hauptgesprächsthema in der Schule, vor allem in den Klassen, wo die Bundeswehroffiziere auftreten sollten. Ein Kollege half sogar mit, das Flugblatt zu verteilen. Allerdings ließen die Offiziere dann auf sich warten. Möglicherweise hat ihnen der „Empfang" nicht gepaßt und sie haben ihren Besuch verschoben. Die ROTE GARDE wird sie aber auch dann entsprechend empfangen.

BOCHUM

Am 21.8., am 8. Jahrestag des faschistischen Überfalls der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei, veranstaltete die D„K"P-Betriebsgruppe bei Opel ihren sogenannten „Sportlerball", der den Abschluß ihres Fußballturniers mit mehreren Opel-Abteilungsmannschaften darstellen sollte. Als großer Rummel wurde über Wochen dieser Ball in ihrer Betriebszeitung angekündigt. Gäste aus den Opel-Werken in Belgien wurden eingeladen. Doch dieser „Sportlerball" war ein einziger Reinfall für die D„K"P. Die große Mensa der Ruhruniversität wurde gemietet, in der ca. 1 500 Menschen Platz haben. Aber es kamen lediglich 400 und hauptsächlich D„K"P-Leute selbst, kaum Opel-Arbeiter. Auch die Anwesenheit von Mies konnte der D„K"P diesen Abend nicht mehr retten, die sich damit eine große Wahlpropaganda erhoffte. Die Betriebszelle der KPD/ML bei Opel Bochum entlarvte in ihrer Betriebszeitung dieses Betrugsmanöver, mit dem sich die D„K"P Ansehen bei den Kollegen verschaffen wollte und rief zum Boykott des „Sportlerballs" auf. In der Nacht vor der Veranstaltung klebten die Genossen den „Roten Morgen" mit den Artikeln über den Mauerbau und den Überfall der Sowjetunion auf die CSSR und malten Parolen. Vor der Veranstaltung selbst wurde ein großes Transparent an der Mensa befestigt, das man von weitem sehen konnte. Es trug die Aufschrift „Heute vor 8 Jahren UdSSR überfällt CSSR – D„K"P = Sozialfaschisten". Gleichzeitig wurde gemeinsam mit der „Gruppe Rote Fahne" Agitation gegen die D„K"P betrieben. Als die Genossen darangingen, die D„K"P-Plakate von den Wänden zu reißen, versuchten die D„K"P-Revisionisten eine Schlägerei zu provozieren, was ihnen aber nicht gelang.



Offen gesagt ...

Schwarz(e) Wehr

Von einem Besuch bei dem faschistischen Zionistenregime in Tel Aviv zurückgekehrt, hatte Heinz Schwarz, Polizeiminister von Rheinland-Pfalz, sogleich neue Vorschläge parat, wie man die Unterdrückung der Werktätigen in der Bundesrepublik verschärfen könne: bewaffnete „Bürgerwehren".

Kurz vor seinem Besuch bei den israelischen Zionisten hatte Schwarz sich schon in der breiteren Öffentlichkeit einen Namen gemacht mit einem Interview in der Zeitschrift „Der Spiegel", in dem er offen bekannte, daß sich der „Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz" nicht etwa gegen die Kriminalität richtet, sondern gegen revolutionäre Erhebungen der Werktätigen und die legalen Mittel der Polizei zu offen faschistischem Terror gegen das Volk erweitern soll.

Wen wundert es da, daß dieser Mann nach seinem Besuch des faschistischen Regimes in Tel Aviv mit neuen „Anregungen" zurückkommt? Bereits in Israel hatte er gegenüber der britischen Nachrichtenagentur Reuter versichert: „Ich werde versuchen, in meinem Bundesland anzuwenden, was ich hier gelernt habe, da wir ebenfalls ein Sicherheitsproblem haben." Gewiß, das Problem, den herrschenden bürgerlichen Staatsapparat gegen den Kampf des Volkes mit allen Mitteln zu sichern, ist in der Tat dem Regime der israelischen Zionisten und dem der westdeutschen Imperialisten gemein.

Was Polizeiminister Schwarz in Tel Aviv über die bewaffneten „Bürgerwehren" gelernt hat, läßt sich kurz zusammenfassen. Diese sind nichts anderes als bewaffnete paramilitärische Banden, zusammengesetzt aus aufgehetzten Reaktionären, die zur blutigen Unterdrückung des palästinensischen Volkes und seines Widerstandskampfes eingesetzt werden. Sie dienen dazu, den Gewaltapparat zur Unterdrückung des Volkes aus Militär und Polizei beträchtlich zu erweitern, wobei zugleich der Eindruck erweckt werden soll, die Bevölkerung selbst wünsche diese faschistische Unterdrückung. Darüberhinaus aber bieten diese konterrevolutionären bewaffneten Banden die Möglichkeit, sie zu offenen Verbrechen gegen revolutionäre und fortschrittliche Kräfte einzusetzen, wovon der Staatsapparat sich im nachhinein, wenn die Empörung des Volkes zu sehr anwächst, sogar noch zynisch „distanzieren" kann.

Nicht zuletzt sind diese faschistischen „Bürgerwehren" auch aus der deutschen Geschichte bekannt. Sie wurden nach der Novemberrevolution 1918 von der Reaktion zum blutigen Terror gegen den revolutionären Kampf der Werktätigen gegründet.

Das Echo auf den Vorschlag des Polizeiministers Schwarz, solche faschistischen Banden erneut zu schaffen, war zwar unterschiedlich – doch eines war der Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien wie auch der staatlichen Stellen gemeinsam: Nirgendwo wurden sie dort grundlegend abgelehnt. Der rheinland-pfälzische Regierungssprecher Schreiner erklärte lediglich: „Diese Frage ist nicht aktuell."

„Nicht aktuell" – aber die westdeutschen Imperialisten und ihr Staatsapparat werden keineswegs davor zurückscheuen, solche faschistischen Banden zu schaffen, wenn die „Sicherheit" ihrer Herrschaft bedroht sein sollte. Die Bourgeoisie wird niemals freiwillig von ihrer Gewaltherrschaft gegen die Werktätigen abtreten, sondern bis zuletzt alle Kräfte der Konterrevolution mit aller Brutalität gegen die Werktätigen ins Feld schicken. Ihre Vorbereitung darauf nimmt offensichtlich immer klarere Formen an.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zuckerrationierung in Polen

Ein Anschlag auf die polnischen Werktätigen

Die polnische Regierung gab einen weiteren Beschluß bekannt, der sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen Polens richtet. Es geht um die Rationierung der Versorgung und die Preiserhöhung für Zucker.

Solche Maßnahmen sind nichts Neues und Unbekanntes für das polnische Volk. Es hat mehrere solcher Maßnahmen in den letzten Jahren auf seinem Rücken zu spüren bekommen, wie z. B. die offenen oder maskierten Preiserhöhungen, die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. 1974 waren die Preise über 10% höher als in einem Jahr zuvor. 1975 erfuhren die Preise in Polen eine weitere Steigerung. Und diese Politik der ständigen Preiserhöhungen wird auch in diesem Jahr in einem größeren Ausmaß als vorher betrieben.

Die Rationierung des Zuckers und seine Preiserhöhung ist in Wirklichkeit eine Anwendung der Maßnahmen, die die Gierek-Clique im Juni dieses Jahres bekannt gab, die sie jedoch angesichts der Revolte der Arbeiterklasse von Warschau, Radom und anderer Städte des Landes zurückzog. Durch diese Maßnahmen zeigen die polnischen Revisionistenspitzen, daß sie ihre Absichten, von den werktätigen Massen durch Preiserhöhungen etwa 100 Mrd. Zloty herauszupressen, allmählich unter der Hand, aber mit Nachdruck verwirklichen. Dies gab Jaroszewicz selbst zu, als er auf dem Plenum des Parteikomitees von Warschau erklärte: „Der allmähliche und längere Weg ist jener Weg, wodurch die Führung den Juni-Beschluß in die Tat umsetzen wird."

Ihren neuen Beschluß versucht die Gierek-Clique als einen Ausdruck ihrer Fürsorge hinzustellen, eine gleichmäßige und reguläre Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Aber gerade hier kommt ihr Zynismus zum Vorschein. Die Rationierung des Zuckers und seine Preiserhöhung jetzt, 30 Jahre nach Kriegsende, zeigt die tiefe Krise, in der sich die polnische Wirtschaft befindet, zeigt, daß die herrschenden Kreise die Folgen dieser Krise und alle Schwierigkeiten auf die werktätigen Massen abwälzen. Nur Menschen mit einer krankhaften Logik können behaupten, daß die Anwendung des Lebensmittelkartensystems, das nur in Kriegszeiten und kurze Zeit nach Beendigung eines Krieges erfolgt, ein Zeichen der Fürsorge um das Volk sei, daß die Preiserhöhungen eines Artikels von grosser Bedeutung im Leben derWerktätigen sei.

Polen hat den Zucker immer selbst erzeugt und es war auch ein Ausfuhrland für Zucker. Offiziellen Statistiken zufolge betrug die polnische Zuckerproduktion 1,7 Mio t., der Konsum betrug jedoch 1,5 Mio t. Seine Rationierung ist also unbegreiflich, da Polen Zucker auch für den Export auslagert. **Gerade jetzt, da der Zucker rationiert und sein Preis erhöht wurde, hat Polen diesen Artikel ausgeführt.** Laut offiziellen Statistiken exportierte Polen in den ersten fünf Monaten dieses Jahren 151 000 t Zucker.



Durch Zigarettenverkauf müssen sich alte Menschen in Polen ihre erbärmliche Rente sichern.

Ebenfalls ist laut offiziellen Statistiken der jährliche Zuckerverbrauch in Polen 43 kg bzw. 3,5 kg monatlich pro Kopf der Bevölkerung. Durch den neuesten Beschluß über die Rationierung dieses für die polnischen Werktätigen so nötigen Artikels werden sie nur 2 kg jeden Monat, oder etwa die Hälfte des früheren Konsums erhalten. So belastet diese Maßnahme direkt die einfachen Werktätigen, die, um den Bedarf an Zucker zu decken, ihn zu etwa 150% höheren Preisen werden kaufen müssen. Selbstverständlich werden sie so hohe Preise kaum zahlen können, weil ja schließlich nicht nur der Zucker rationiert wird.

Für die Werktätigen Polens gibt es Mangel auch an anderen Produkten des Massenbedarfs, wie an Fleisch, Gemüse, Obst und anderem, deren Preise sowohl während der Herrschaft Gomulkas, als auch jetzt während der Giereks stets erhöht wurden.

So begrenzt die Rationierung und die Preiserhöhung des Zuckers in der Tat den Verbrauch jener Familien, die ein niedriges Einkommen haben. Gleichzeitig liegt diese Maßnahme im Interesse der Bourgeoisie von Stadt und Land, die hohe Einkommen hat, und für die es auch spezielle Geschäftsläden gibt.

Ein weiteres Ziel, das die Gierek-Clique bei der Rationierung des Zuckers verfolgt, ist die Einschränkung des Zuckerverbrauchs im Lande, damit große Mengen für den Export übrigbleiben, um harte Währung für ihre ausgeleerte Kasse zu sichern. Wohin geht aber dieser Export? Selbstverständlich vor allem in die Sowjetunion, die ein Zuckereinfuhrland ist. **So deckt die Sowjetunion mit dem Zucker Polens ihren Bedarf und führt nicht die Rationierung ein, während Polen, tradioneller Zuckererzeuger, die Rationierung einführt.** Man sieht also zu wessen Vorteil diese Maßnahme ist. Die gesamte Abwicklung der Ereignisse zeigt, daß sich die Rationierung nicht nur beim Zucker begrenzen wird. Sie wird auch andere Artikel erfassen, vielleicht das Schweinefleisch und anderes, weil ja alle Zeichen darauf hindeuten, daß sich die Wirtschaftskrise in Polen zuspitzt, daß sich die Unverhältnismäßigkeiten in der Wirtschaft anhäufen, und sich direkt auf die Massenbedarfsartikel auswirken.

Der neueste Beschluß der Gierek-Clique zeigt erneut, daß sie konsequent ihren Verratsweg verfolgt, daß die sogenannte Politik der Beratung und des Dialogs mit den Massen, angeblich zu deren Vorteil, pure Demagogie und Betrug ist. Ihre Versprechungen, die sie nach den Julirepressalien gab, wonach sie angeblich die Interessen der werktätigen Massen berücksichtigen werde, erwiesen sich als Bluff. Unter diesen Bedingungen ist der Kampf der polnischen Arbeiterklasse noch nicht zu Ende, und mit jedem Tag wird es klarer, daß sie nur durch den Sturz dieser Clique ihre zunehmenden Schwierigkeiten überbrücken und Ausbeutung und Unterdrückung los sein wird. Die polnische Arbeiterklasse verfügt über große revolutionäre Traditionen. Die Arbeiter Warschaus, Wroclaws, Kilic, Sotschics, Poznańs, Gdańsks, Gdynias und Radoms haben ihre Stärke und ihre Entschossenheit im Kampf gegen die Revisionistenclique gezeigt, und es besteht kein Zweifel, daß sie auch in Zukunft ihre Reihen noch fester zusammenschließen werden, um den revisionistischen Verrätern weitere Schläge zu versetzen.

(Radio Tirana vom 15.8.1976.)

Die Angst vor der Wahrheit

Hsinhua Chefkorrespondent aus Polen ausgewiesen

Die polnische Gierek-Clique hat dem Chefkorrespondenten der chinesischen Nachrichtenagentur „Neues China (Hsinhua)" die Verlängerung seiner Akkreditierung verweigert. Begründet haben sollen die polnischen Revisionisten diesen provokatorischen Akt gegenüber der chinesischen Nachrichtenagentur damit, daß „Neues China" eine „verzerrte Berichterstattung" über die Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse im Juni dieses Jahres gegeben habe.

Diese Begründung ist durch und durch verlogen. Wer hier eine verzerrte Berichterstattung gegeben hat, sind die polnischen Revisionisten, die aus tausenden von Arbeitern „einige, wenige Rowdies" machten, aus einem Kampf, den die Arbeiter mit Losungen wie „Nieder mit der Verräterpartei!" und „Alle Macht der Arbeiterklasse!" führten, einen Feldzug von Plünderern und Dieben.

Im übrigen zeigt ein kurzer Blick zwischen den Augenzeugenberichten, wie sie die bürgerlichen Zeitungen abdruckten und den Tatsachen, wie sie im Bericht des polnischen Korrespondenten von „Neues China" aufgeführt sind, daß diese Berichte weitgehend übereinstimmen. Sicher, die polnischen Revisionisten haben auch der bürgerlichen Presse „verzerrte Berichterstattung" vorgeworfen, haben behauptet, die aufgeführten Tatsachen seien Hirngespinste, eigens erfunden, um den in Polen angeblich bestehenden Sozialismus zu diffamieren.

Allerdings ist es doch bemerkenswert, daß die polnischen Revisionisten sich nicht veranlaßt sahen, bei den bürgerlichen Presseagenturen zu Taten zu schreiten. Das hielten sie nur bei der chinesischen, der sozialistischen Nachrichtenagentur, für notwendig. Denn nur diese Berichterstattung, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse Polens aus geschah, die bewies, daß die Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse ihre Ursache in der Wiedererrichtung des Kapitalismus in Polen haben und sich gegen die neue Bourgeoisie in Polen richten, muß die polnische Bourgeoisie tatsächlich fürchten. Denn sie stärkt der polnischen Arbeiterklasse den Rücken, stärkt den weltweiten proletarischen Internationalismus, den die Gierek-Clique fürchten muß.

Dieser Angriff auf die Nachrichtenagentur „Neues China" ist eine Provokation. Ein Zeichen der Stärke der polnischen Bourgeoisie ist sie keineswegs. Vielmehr zeigt sie ihre Angst. Angst vor der Wahrheit, Angst vor der Empörung des internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

Westberlin

Unerhörte Provokation gegen die KPD/ML

Wir drucken im Folgenden einen Offenen Brief ab, den die Sektionsleitung unserer Partei in Westberlin an das Regionalkomitee der GRF und des KSV in Westberlin richtete. Unsere Partei hat sich wegen der Vorfälle, auf die dieser Offene Brief antwortet, an die Zentrale der GRF in Köln gewandt und eine Stellungnahme gefordert. Diese wurde zugesagt, traf aber zum vereinbarten Termin nicht ein. Bis zum Redaktionsschluß des „Roten Morgen" meldete sich die Zentrale der GRF nicht.

Wir sind der Ansicht, daß die Vorfälle in Westberlin eine unerhörte Provokation darstellen, für die die Verantwortlichen Selbstkritik üben müssen. Es ist aber klar, daß die eigentliche Ursache für eine solche Provokation die systematische, verleumderische Hetze ist, wie sie seit einiger Zeit von der „Roten Fahne" gegen unsere Partei insgesamt und gegen einzelne Genossen entfaltet wird. Eine ehrliche Selbstkritik zu den Vorfällen in Westberlin ist deshalb unmöglich, ohne gleichzeitig Stellungnahme zu den üblen Angriffen, wie sie die „Rote Fahne" gegen unsere Partei führt.

„Genossen, wir verurteilen aufs Schärfste den Überfall auf einen Genossen des KSB/ML durch einen Vertreter des KSV. Am Dienstag, den 17.8. drangen um 7.30 Uhr fünf Vertreter des KSV unter Führung eines Mitglieds des Regionalkomitees des KSV in die Wohnung eines Genossen des KSB/ML, ehemals Mitglied des KSV, ein. Sie gaben vor, etwas mit ihm besprechen und Materialien abholen zu wollen. Auf dieses Material hatte unser Genosse drei Tage zuvor einen Genossen des KSV hingewiesen und die Übergabe verabredet. Die Vertreter des KSV sperrten die Frau unseres Genossen in ein Nebenzimmer ein und verhinderten, daß sie zur Arbeit gehen konnte. Unseren Genossen forderten sie auf: ‚Du wirst uns jetzt alles über die KPD/ML erzählen, was du weißt.' Als der Genosse sich weigerte, versetzten sie ihm einige Schläge und begannen, die gesamte Wohnung, einschließlich Auto und Keller zu durchsuchen, obwohl sie das bezeichnete Material bereits an sich genommen hatten. Dabei nahmen sie ein Papier mit, daß unser Genosse zur Linie Eurer Organisation verfaßt hatte sowie Thesen zur Kritik und Selbstkritik unserer Arbeit und den Durchschlag eines Leserbriefes, den er an den Roten Morgen geschrieben hatte. Sie beschimpften unseren Genossen als Schwein, Element und Subjekt, das genug wisse, um die ganze Organisation hochgehen zu lassen und: ‚Du weißt doch, was man mit solchen Elementen macht.' Sie forderten ihn auch auf, mit ihnen woanders hinzugehen und meinten: ‚Du wirst sicherlich auf der Straße nicht schreien, da deine Frau hierbleibt und ihr sonst was passiert.'

Nach der Durchsuchung nahmen sie unseren Genossen ins Verhör. Dabei ging es ihnen einmal darum zu erfahren, was er uns über den KSV erzählt habe, vor allem aber wollten sie wissen, wer alles im KSB/ML organisiert sei, welche Funktion er habe und wie wir Fraktionsarbeit im KSV betrieben. Sie wollten z.B. von ihm wissen, welche Mitglieder und Sympathisanten des KSV mit Genossen des KSB/ML diskutieren, welche KSV-Genossen wir als nächste gewinnen wollten und wie wir uns auf die Fraktionsarbeit im Schulungskreis des KSV vorbereiten. Sie forderten unseren Genossen auf, dafür zu sorgen, daß die Genossen vom KSB/ML nicht mehr zur KSV-Schulungsrunde kommen. Sie drohten ihm damit, alte Papiere von ihm im KSV kursieren zu lassen, in denen er ganz andere Positionen als heute vertreten habe, was für ihn doch eine peinliche Sache sei, weswegen er wohl nicht quatschen würde. Der ganze Überfall dauerte bis gegen 12.00 Uhr.

Die Sektionsleitung sandte sofort Beauftragte zum Regionalkomitee der KPD, um Aufklärung und eine Stellungnahme zu fordern. Anwesend waren ein Vertreter des Regionalkomitees der KPD und der Vertreter vom Regionalkomitee des KSV. Dieser rechtfertigte sein Vorgehen voll und ganz, versuchte die Bedeutung des Vorfalls herunterzuspielen und unseren Genossen ins Zwielicht zu rücken. Er behauptete, es sei nur um die Sicherstellung des Materials gegangen, da unser Genosse völlig unzuverlässig und schlampig sei, das Material bei ihm ein Sicherheitsrisiko dargestellt habe und wir dankbar sein sollten, daß sie es auch in unserem Interesse beiseitegeschafft hätten. Er behauptete, nicht zu wissen, daß der Genosse beim KSB/ML ist. Er tischte alle möglichen Positionen auf, die der Genosse einmal vertreten habe, um ihn als nicht vertrauenswürdig hinzustellen.

Das sind Lügen und Ausflüchte. Unser Genosse hat den KSV selbst darauf hingewiesen, daß er noch einiges Material habe und bereits die Übergabe verabredet. Die Sicherstellung ist nichts als ein Vorwand für den Überfall. Zumindest durch sein gemeinsames Auftreten mit unseren anderen Genossen im Schulungskreis des KSV ist seine Zugehörigkeit zum KSB/ML bekannt. Ein Teilnehmer dieses Schulungskreises war sogar selber an dem Überfall beteiligt.

Der Versuch, nachträglich unseren Genossen mit Dreck zu bewerfen, fällt auf die Werfer zurück. Schließlich hat er diese Positionen als Mitglied des KSV vertreten und wurde auch deswegen keinesfalls ausgeschlossen. Im Gespräch mit Genossen des KSB/ML hat er seine falschen Positionen offen dargelegt und dazu Selbstkritik geübt, die wir von jedem ehrlichen Marxisten-Leninisten erwarten und anerkennen."

Die Genossen schreiben dann, daß sie diesen Vorfall als Zeichen dafür sehen, „daß in Zukunft beim Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Partei, mit allen Mitteln verhindert werden soll, daß Genossen Eurer Organisation ihrer ideologischen und politischen Einsicht folgen und sich unserer Partei anschließen. Denn das ist der eigentliche Grund für diesen Überfall.

Dieser Genosse ist in der Auseinandersetzung mit der Linie unserer Partei und Eurer Organisation zu der Überzeugung gelangt, daß die Gründung unserer Partei auf korrekten Grundlagen erfolgte und auch ihre politische und ideologische Linie richtig ist. Dazu hat besonders die Broschüre unserer Partei ‚Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden' beigetragen. Als Konsequenz daraus schloß er sich dem KSB/ML an und kämpft heute gemeinsam mit ihm darum, um andere Genossen des KSV davon zu überzeugen. Gegen diese Konsequenz aus dem Kampf um die Einheit, die immer mehr Eurer Genossen ziehen, richtet sich Euer Vorgehen.

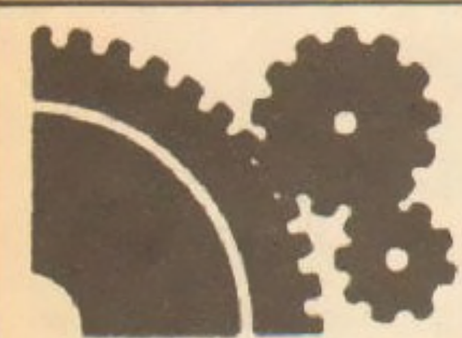
Wir sehen darin eine schwere Belastung des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten und fordern Euch auf, umgehend Selbstkritik zu diesen Praktiken zu leisten. An Eure Mitglieder und Sympathisanten richten wir die Aufforderung, sich von diesen Methoden zu distanzieren.

Genossen, wie ist es um Eure Organisation bestellt, wenn Ihr durch Einschüchterung und Erpressung versucht, Genossen daran zu hindern, Konsequenzen aus ihrer Einsicht zu ziehen, daß nicht Ihr, sondern wir die Kommunistische Partei der deutschen Arbeiterklasse sind! Wenn Ihr im Kampf um die Einheit nicht mehr auf Eure politischen und ideologischen Argumente bauen könnt, sondern es für nötig findet, unsere Partei wie der Klassenfeind auszuspionieren, um dadurch Eure Genossen und Sympathisanten besser vor unseren Argumenten abschirmen zu können! Wenn es heute schon so ist, daß jeder Eurer Genossen oder Sympathisanten, der sich mit unseren Genossen in freundschaftlicher Weise unterhält, mit Mißtrauen beobachtet wird! . . .

Mit kommunistischem Gruß
Sektionsleitung der KPD/ML, Westberlin



AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

ÖTV-Apparat wirbt für Polizeidienst

Liebe Genossen,

Im „ÖTV-Magazin" vom Juli/August findet sich ein Beitrag, der vorschlägt, die Polizeifunktionen im Berufsbild mehr herauszustellen. „Damit verknüpft die Gewerkschaft ÖTV die Erwartung an eine erhöhte Leistungsfähigkeit der Polizei, ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen ihr und dem Bürger . . ." usw.

Hierdurch soll doch von dem kapitalistischen Gewerkschaftsapparat versucht werden, das berechtigte Mißtrauen und den Haß großer Teile der Bevölkerung auf die Polizei zu beseitigen und die Bevölkerung zur „vertrauensvollen Mitarbeit" zu werben.

Das Magazin schreibt wörtlich weiter: „Im Zentrum der polizeilichen Aufgaben stehen der Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums sowie die Sicherung der politischen Rechte und der Freiheit."

Sehen wir uns das mal im täglichen Leben an:

Schutz des Lebens:

Die Polizei mordet Werktätige, erschlägt Genossen Günter Routhier, aber sie schützt das Leben, Wohlergehen der Finanziers, Monopolisten, Minister usw.

Schutz der Gesundheit:

Sie prügelt doch Demonstranten, die für die gerechten Forderungen eintreten. Sie schlägt auf die Bauern ein, die gegen Atomkraftwerke sind, weil sie die Gesundheit ruinieren. Aber: Die Industrie darf ungehindert Giftstoffe in Flüsse ableiten, durch die die Bevölkerung vergiftet wird.

Schutz des Eigentums:

Die Werktätigen haben eh kein Eigentum. Selbst die Wohnung gehört ihnen nicht. Aber die Herrschenden haben Eigentum: riesige Grundstücke, Häuser, wie Herr von Finck, riesige Produktionsanlagen, Maschinen, wie die Herren Krupp, Abs usw. Dieses Eigentum an Produktionsmitteln schützt die Polizei; dafür übt sie Werksbesetzungen, Zerschlagung von Streiks usw.

Schutz der Freiheit:

Das ist ja zynisch – die Polizei schützt die Freiheit der Bürger!! Warum werden denn kämpferische Werktätige, Kommunisten in Kerker geworfen? Natürlich dient das dem Schutz der Freiheit – aber der der Herrschenden, der Ausbeuterklasse! Sie sollen ja die Freiheit haben, Millionen zu knechten, auszubeuten, sie in Unfreiheit zu halten.

Aber das Sprachrohr der ÖTV geht noch weiter in seinem Frontalangriff gegen das Volk:

„Die ÖTV ist sich bewußt, daß in den nächsten Jahren nur wenig Raum für kostenträchtige Reformen vorhanden ist, doch wem es mit der inneren Sicherheit ernst ist, der muß auch bereit sein, den Preis dafür zu zahlen."!!!

Das setzt doch allem die Krone auf! Da wird doch so getan, als sei die „innere Sicherheit" gut für die Bevölkerung. Deshalb müssen wir auch die gesamte Faschisierung, den Ausbau des Polizeiapparates, seine Bewaffnung mit Granaten, MGs, bezahlen.

Man sieht: Der ÖTV-Apparat ist ein Instrument der Bourgeoisie. Er läßt keine Gelegenheit aus, die Unterdrükkung zu leugnen, die Unterdrückten mit den Diktatoren zu versöhnen.

Rot Front, ein Genosse

Schweisfurth nennt seinen Betrieb den "sozialsten in NRW"

Schweisfurth nennt seinen Betrieb den „sozialsten in NRW" (laut WAZ). Mir erzählte vor kurzem eine Aushilfskraft von Schweisfurth, wie die Kollegen in diesem „sozialsten Betrieb" behandelt werden:

Werkschutz- und Ausweiskontrollen gibt es schon länger. Inzwischen wurden die Kontrollen verschärft. Jeder Arbeiter muß auch zum Feierabend folgende Kontrolle durchlaufen: anfangs Werkschutz, dann eine Ampelanlage. Zeigt die Ampel grün, kann man durchgehen. Zeigt sie gelb, findet eine Taschenkontrolle statt. Zeigt sie rot, muß man in eine Kabine, in der man sich ausziehen muß und vom Werkschutz durchsucht wird. Außerdem finden laufend Spindkontrollen statt. Schließlich ist das ganze Gelände von einem bewachten Zaun umgeben. Eine andere Schikane ist, daß – parken die Arbeiter ihre Autos nicht auf den vorgeschriebenen Parkplätzen – diese abgeschleppt werden.

Wüßte man nicht genau, daß dies hier eines der größten deutschen Fleischwerke ist, so könnte man denken, hier wäre das Verteidigungsministerium.

Schweisfurth hat übrigens früher die Hitler-Armee mit Fleisch versorgt und tut das gleiche heute mit der Bundeswehr.

Rot Front, ein Genosse aus Herten

Fragebogen vom Arbeitsamt soll Kollegen um Arbeitslosengeld bringen

Liebe Genossen,

ich bin gerade zum zweiten Mal in diesem Jahr arbeitslos geworden. Zu meinem Antrag auf Wiederbewilligung von Arbeitslosengeld mußte ich eine „Erklärung . . . hinsichtlich der Lösung des Arbeitsverhältnisses" bei meiner letzten Stelle abgeben. In diesem Fragebogen versucht das Arbeitsamt, dem Arbeitslosen Angaben zu entlocken, aus denen das Arbeitsamt den Vorwurf konstruieren kann, daß die Arbeitslosigkeit „selbst verschuldet" ist. Die Folge wäre: vier Wochen kein Stempelgeld.

Unverfänglich klingt die erste Frage: „Angaben zum Hergang der Lösung des Arbeitsverhältnisses". Hier erwartet man, daß der Gekündigte seinem Herzen Luft macht über den Ausbeuter, der ihn entlassen hat – und vielleicht entschlüpfen ihm Worte, die auf Auseinandersetzungen vor der Kündigung schließen lassen, in deren Verlauf der Kollege die Kündigung vielleicht selbst „provoziert" hat.

Eine andere Frage lautet: „Steht der Eintritt der Arbeitslosigkeit noch im Zusammenhang mit dem Verlust eines früheren Arbeitsverhältnisses?" Also: Hat der Kollege etwa falsche Angaben gemacht über ein früheres Arbeitsverhältnis, und wurde das jetzt als Anlaß der Kündigung genommen?

Die letzte Frage lautet: „Haben Sie vor ihrer Kündigung **beim Arbeitgeber** einen Versuch unternommen, den Arbeitsplatz zu erhalten?" Mit anderen Worten: Sind Sie dem Kapitalisten auch in den Hintern gekrochen, um in Arbeit zu bleiben; haben Sie ihn – falls etwas „vorgefallen" ist, um Verzeihung gebeten; falls Sie sich für Ihre Kollegen eingesetzt haben oder sonstwie aufsässig waren, sind Sie zu Kreuze gekrochen und haben die anderen verraten, wie es sich gehört?

Am Schluß des Formulars: „Ich bin – nicht – einverstanden, daß die Erklärung meinem früheren Arbeitgeber bekanntgegeben wird." Daraufhin soll man also glauben, daß das Arbeitsamt für uns da ist und, auf unseren Wunsch hin, gegenüber dem Kapital dichthält. Stellt sich die Frage, warum nicht in ähnlicher Weise um unser Einverständnis ersucht wird, was unseren neuen, vom Arbeitsamt vermittelten, Arbeitgeber angeht.

Rot Front,
ein Sympathisant aus Bremen

Biedenkopf contra DGB

Betrüger sind sie alle beide

„Streit zwischen CDU-Generalsekretär Biedenkopf und DGB" meldete die bürgerliche Presse. Biedenkopf hatte den Gewerkschaften vorgeworfen, sie würden in einigen Großbetrieben des Ruhrgebiets die Arbeiter bei der Einstellung unter Druck setzen, in die Gewerkschaft einzutreten. Nichtorganisierte Arbeiter würden z.B. bei der Vergabe von Werkswohnungen benachteiligt usw. Der DGB konterte: „Ein mit der Wahrheit auf Kriegsfuß stehender Politiker".

Drängt sich die Frage auf: Stehen denn die SPD-Politiker und die DGB-Bonzen mit der Wahrheit auf besserem Fuß als ein Biedenkopf? Getroffene Hunde bellen. Wenn die SPD- und DGB-Bonzen auf Biedenkopfs Anwürfe mit lautem Geheule reagierten, dann nicht zuletzt deshalb, weil Biedenkopf, unabhängig von seinem Verhältnis zur Wahrheit, gewisse korrupte Praktiken und erpresserische Methoden des DGB-Apparats ansprach, die keineswegs nur seiner Phantasie entsprangen. Vielmehr sind sie jedem Arbeiter in den Großbetrieben der Eisen- und Stahlindustrie oder des Bergbaus bekannt.

Auf der anderen Seite wäre es jedoch naiv, würde man glauben, daß Biedenkopf und Konsorten wirklich etwas dagegen haben, daß der DGB-Apparat mit solchen Praktiken gegen die Arbeiter vorgeht. Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, daß die CDU, was Korruption und die Anwendung von schmutzigen, erpresserischen Praktiken angeht, es mit den Bonzen des DGB-Apparats in jeder Beziehung aufnehmen kann: Sie sind kein Haar besser, höchstens, daß sie sich noch weniger Mühe geben, ihre dunklen Machenschaften zu bemänteln.

Warum dann solche Angriffe von Seiten Biedenkopfs? Ein Grund liegt einfach darin, daß die CDU darauf aus ist, der SPD im Ruhrgebiet Stimmen für die bevorstehende Bundestagswahl abzujagen. Zu diesem Zweck muß sie eben Dinge aufgreifen, die tatsächlich auch auf Resonanz bei den Industriearbeitern stoßen, weil sie stimmen und bei den Arbeitern tatsächlich Empörung hervorrufen.

Das ist eine Masche, wie sie alle bürgerlichen Parteien anwenden.

Im übrigen haben die Zeiten, in denen die CDU an der Regierung war, gezeigt, daß sie sehr gut imstande ist, bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung mit dem DGB-Apparat zusammenzuarbeiten.

In Anspielung darauf erklärte denn auch die IGM-Führung: Biedenkopf sei „wohl von allen guten Geistern verlassen"; schließlich seien doch CDU-Mitglieder auf allen Funktionärsebenen der DGB-Gewerkschaften vertreten.

Wenn die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Rahmen des Wahlkampfes gegenseitige Beschimpfungen vom Stapel lassen, so ist das ein Ausdruck ihrer Konkurrenz um die besten Plätze an den Bonner Futtertrögen. Und davon abgesehen – wie sollte man sonst dem Wähler noch das Märchen von der „freien Wahl" zwischen verschiedenen Alternativen glaubhaft machen? Aber alle diese Politiker und Parteien sind sich immer in einem völlig einig: Ihre gemeinsame Basis besteht darin, daß sie alle danach trachten, durch Demagogie und Lügen, durch die Verschleierung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, die werktätigen Massen zu betrügen. Ihr Geschäft ist: die Profite und die Herrschaft des Kapitals zu sichern, indem sie sich bemühen, mit allen Mitteln den proletarischen Klassenkampf niederzuhalten.

Europäisches Stahlkartell

Bis 1980 Zehntausende von Entlassungen geplant

Fortsetzung von Seite 1

ihre Profite. Aber in den vor uns liegenden vier Jahren müssen die Stahlarbeiter in der Bundesrepublik, insbesondere an Rhein und Ruhr, mit noch weitaus schlimmeren Angriffen des Stahlkapitals auf ihre Lage infolge der Krise und des Kampfes der Stahlgiganten um Höchstprofite rechnen. Das läßt sich z.B. an einer Prognose der Brüsseler EG-Kommission ablesen. So schreibt die „Zürcher Zeitung": „Die Kommission rechnet damit, daß das Wachstum der Stahlnachfrage sich auf längere Sicht abschwächen wird. Infolge der weiter fortschreitenden Konzentration der Hüttenwerke an der Küste werden in Ostfrankreich, Südbelgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen nach Meinung der Kommission regionale Beschäftigungsprobleme entstehen. **Man schätzt den Verlust an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie bis 1980 auf 28 000 bis 48 000."**

Das bedeutet: In Nordrhein-Westfalen wird es zu Massenentlassungen in den Hüttenwerken kommen, es wird Verlagerungen der Stahlproduktion an die Küste geben. Die Rationalisierung wird nicht nur in den Hüttenwerken an Rhein und Ruhr, sondern in der gesamten Hüttenindustrie verschärft vorangetrieben werden.

Die großen Stahlmonopole reagieren auf die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit starken Bestrebungen zur weiteren Konzentration der Produktion und zur weiteren Zentralisierung des Kapitals. So wurde Anfang dieses Jahres unter Führung der westdeutschen Stahlmonopole in Brüssel ein internationaler Stahlverband gegründet, an dem außer den westdeutschen Stahlindustriellen auch die der Beneluxländer (Belgien, Niederlande, Luxemburg) beteiligt sind. Dieser Zusammenschluß ist der Ansatz zur Bildung eines europäischen Stahlkartells, d. h. einer Vereinigung zwecks Preisabsprache, Aufteilung der Märkte untereinander (gemäß der jeweiligen Stärke des Kapitals) bzw. der Absprachen über eine arbeitsteilige Spezialisierung (jede der beteiligten Firmen spezialisiert sich auf gewisse Stahlsorten, während sie andere nicht mehr produziert).

Dieses angestrebte Kartell richtet sich einerseits gegen einen EG-Partner und Rivalen: gegen die französische Stahlindustrie, die im letzten Jahr einen wesentlich geringeren Produktionsrückgang hatte als die westdeutschen Stahlmonopole verzeichneten. Mehr noch aber richtet sich das angestrebte Kartell gegen die japanischen Stahlriesen, die auf den Exportmärkten der Westeuropäer der stärkste Rivale sind. Zwischen dem von den westdeutschen Monopolen geführten westeuropäischen Stahlverband und den Japanern spielt sich der Kampf um den Weltmarkt hauptsächlich ab. Die Japaner haben bis jetzt den Vorteil, daß sie eine viel stärkere Konzentration aufzuweisen haben als ihre westeuropäischen Rivalen. Die westdeutschen Monopole sind entschlossen, durch die Schaffung des geplanten westeuropäischen Kartells ihre Positionen gegenüber den japanischen Rivalen zu verstärken.

Es wäre eine Illusion zu glauben, durch die Konzentrations- und Zentralisationsbestrebungen, durch den Zusammenschluß bestimmter Kapitalgruppen zu internationalen Verbänden und Kartellen würden die Arbeitsplätze sicherer, bzw. sie würden sich irgendwie günstig auf die Situation der Arbeiter auswirken. Das Gegenteil ist der Fall! Schon Lenin hat das nachgewiesen. Er zeigte auf, daß die Zusammenschlüsse der Kapitalisten in jedem Fall nicht nur gegen ihre Konkurrenten, sondern auch gegen die Arbeiter gerichtet sind, daß dadurch die Macht der Kapitalisten, die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital noch verstärkt wird. Die Kapitalisten nutzen jeden Umstand, jede Erweiterung ihres Aktionsfeldes aus, um höhere Profite zu machen; sie lassen keine Gelegenheit aus und keine Möglichkeit ungenutzt, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen.

Das jüngste Beispiel dafür ist der Aufkauf der Maxhütte in Bayern durch Klöckner. Wie die „Frankfurter Rundschau" berichtet, entsteht dadurch eine neue Stahlgruppe mit mehr als 30 000 Beschäftigten und einem Umsatz von über fünf Milliarden DM. Klöckner wird dadurch auf den dritten Platz in der Rangliste der westdeutschen Stahlproduzenten (hinter Thyssen und Hoesch) vorstoßen. Werden die Arbeitsplätze der Kollegen von der Maxhütte dadurch etwa sicherer? Keineswegs. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die „Frankfurter Rundschau" schreibt: „Trotz (oder wegen) des Verbundes sind bei der Maxhütte 1 000 Arbeitsplätze gefährdet."

Die Arbeiter und kleinen Angestellten müssen alle falschen Hoffnungen und Illusionen über ihre Zukunft fallenlassen und den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstärken. Die Initiativen zur weiteren Konzentration der Stahlproduktion und zum Zusammenschluß von Stahlfirmen zu internationalen Gruppen sind die Vorboten kommender, schwerer Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitsplätze und die Löhne der Stahlwerker.

Der Kampf gegen diese Angriffe, der solidarische Zusammenschluß dagegen, ist eine dringende Notwendigkeit. Aber dieser Kampf wird auf die Dauer nicht verhindern können, daß neue, tiefere Krisen und noch brutalere Angriffe der Kapitalisten zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeiter, zu ihrer zunehmenden Verelendung führen. Deshalb muß in diesen Kämpfen die revolutionäre Einheit der Stahlarbeiter und kleinen Angestellten mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die sozialistische Revolution geschmiedet werden. Das ist der einzige wirkliche Ausweg.

Widerliche Ausbeutungspraktiken in Kaufhäusern

"Testkunden" bespitzeln Verkäufer

Als ein Genosse vor einiger Zeit in einem Wirtschaftsinstitut arbeitete, fiel ihm ein Bericht eines Mitarbeiters dieses Instituts aus den USA in die Hände, der erläutert, wie amerikanische Kaufhauskapitalisten mit Hilfe faschistischer Überwachungs- und Bespitzelungspraktiken Druck auf die Verkäufer ausüben, um sie zu einem optimalen Einsatz und zu Verkaufsmethoden zu zwingen, die einen höheren Umsatz und Profit in die Kassen ihrer Bosse fließen lassen. Ähnliche Praktiken, die man hierzulande pietätvoll als „Systeme der Verkäuferanalyse" bezeichnet, wenden auch bundesdeutsche Kaufhauskapitalisten an, so z.B. Karstadt.

Der Bericht stammt von einem gewissen Dr. W. Schweisheimer aus New York. Er trägt die bezeichnende Überschrift: „Umsatzsteigerung und Verlustminderung durch Verkäuferanalyse. Verkäufer unter scharfer Lupe – das Willmark-System".

Das Willmark-System, so berichtet Dr. Schweisheimer, sei „ein System der Überwachung und gleichzeitig der psychologischen Erziehung. (. . .) Willmark überprüft die Verkäufer in den Geschäften in regelmäßigen Abständen. Die Verkäufer wissen nicht, daß sie getestet werden. (. . .) Die Tester erscheinen als gewöhnliche Kunden".

Stolz weist Dr. Schweisheimer auch auf den großen Umfang des Überwachungs- und Spitzelapparates hin: „1 200 Tester von Willmark haben im Vorjahr fast 250 000 Einzelprüfungen vorgenommen. Sie kauften für rund 10 Millionen Dollar in den Geschäften. Die Waren werden später dem Geschäft zurückgegeben und der Preis wird rückerstattet. Das Hauptquartier des Willmark-Systems befindet sich in New York. Zweigabteilungen bestehen in 28 weiteren großen Städten, verteilt über die USA und Kanada."

Auch über die Aufzeichnung und Auswertung der Beobachtungen, die die Spitzel bei ihren „Käufen" machen, berichtet Dr. Schweisheimer: „Für jeden Angestellten werden die Beobachtungen in einen Vordruck eingetragen". In diesen Vordrucken sind bestimmte Beurteilungspunkte vorgegeben. Neben Punkten wie „aufmerksame Bedienung", „Aussehen des Verkäufers" u.ä. sind in den auf Warenhäuser und Allgemeingeschäfte abgestimmten Vordrucken, laut Dr. Schweisheimer, folgende „Beurteilungspunkte" gegeben:

„Förderung des Verkaufes. Schildert der Verkäufer die gute Qualität der Ware? Wies er auf den Nutzen der Ware hin? Rechtfertigte er den Preis der Ware? (. . .) ‚Trade up' – so nennt man hier die Kunst, einem Kunden einen teureren Artikel zu verkaufen als den ursprünglich verlangten. ‚Trade up' am richtigen Platz kann den Geschäftsumsatz erheblich steigern. Wies der Verkäufer darauf hin, daß die teurere Ware für den Kunden vorteilhaft wäre?" Als weiteren Punkt nennt Dr. Schweisheimer z.B. auch die Frage, ob der Verkäufer dem Kunden Artikel aufschwatzt, die letzterer ursprünglich gar nicht vorgehabt hatte zu kaufen.

Dr. Schweisheimer versäumt es auch nicht, das Wirtschaftsinstitut darauf hinzuweisen, was für Personen am besten geeignet sind, die Tests durchzuführen: „Als Tester oder ‚Analysten' werden mit Vorliebe Hausfrauen gewählt. (. . .) Sie verstehen es, sich unauffällig im Geschäft zu benehmen. Es soll ja gerade das ‚normale Verkaufsverhalten' der Verkäufer festgestellt werden."

Um die ‚Wirksamkeit' des Willmark-System anschaulich zu machen, weist Dr. Schweisheimer darauf hin: „Geschäfte, die dem Willmark-System angeschlossen sind, haben vielfach an den Eingangstoren oder anderen sichtbaren Stellen ein Schild angebracht: ‚Served by Willmark Service System'. Dieses Schild allein übt oft einen suggestiven Einfluß aus auf die Verkäufer,



Nicht zu unterscheiden von anderen Kunden bespitzeln die „Testkunden" die Verkäuferinnen.

die nie wissen, ob sie nicht gerade einen Tester vor sich haben . . ." Im Klartext: Durch die ständige Erinnerung daran, daß jeder Käufer ein Spitzel sein könnte, wird ein Klima der Angst und des psychologischen Terrors erzeugt, das die Verkäufer dazu anstacheln soll, sich mit allen Mitteln für die Erhöhung des Umsatzes der Firma einzusetzen und dabei die Kunden soweit wie möglich auszunehmen, indem man sie beschwatzt, ihnen etwas vormacht und sie im Grunde genommen betrügt. Wer das nicht tut, schneidet bei der Bewertung durch das Spionageunternehmen entsprechend schlecht ab, so daß er angesichts des großen Arbeitslosenheeres damit rechnen muß, entlassen zu werden. Was ist das anderes, als übelste Erpressung?

Daß solche Methoden heute bereits derartig verbreitet sind, so daß sogar Großunternehmen aufgebaut wurden, die für die auftragsmäßige Durchführung dieser infamen Spitzeltätigkeit sorgen und ein profitables Geschäft damit betreiben, ist bezeichnend. Es zeigt anschaulich, wie weit die Verrottung und Fäulnis des kapitalistischen Systems bereits fortgeschritten ist.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten, vor allem die Verkäufer, müssen sich im Kampf gegen solche widerlichen Ausbeutungsmethoden solidarisch zusammenschließen, sie müssen einen Kampf dafür entfalten, daß die Kaufhauskapitalisten gezwungen werden, derartige kriminelle Praktiken sofort einzustellen. Aber das Beispiel des Willmark-Systems zeigt auch, daß die Werktätigen über den Kampf für solche Tagesforderungen hinaus den Kampf gegen die tieferen Ursachen solcher Erscheinungen aufnehmen müssen, den Kampf gegen den Kapitalismus. All die widerwärtigen, verbrecherischen Machenschaften des Kapitals und die gesellschaftlichen Geschwüre, die es erzeugt, mit Stumpf und Stiel auszurotten, das erfordert, das kapitalistische System als ganzes in der proletarischen Revolution zu zerschlagen und dann den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Höheren Lohn nicht verheimlicht

Wegen "Störung des Betriebsfriedens" entlassen

Die WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung – „größte Tageszeitung des Ruhrgebiets" . . .) hat eine regelmäßig erscheinende Spalte mit dem Titel „Mensch und Richter". Der Zweck dieser Spalte ist es, die bürgerliche Klassenjustiz als „menschlich" und „demokratisch" zu verkaufen und für ihre arbeiterfeindlichen Unterdrückungsmethoden, Zustimmung zu erwecken. Vor kurzem fand sich in dieser Spalte ein Artikel mit der Überschrift: „Prahlerei mit Lohn kostete die Stellung – Firma fürchtete um den Betriebsfrieden".

Wieso bedroht „Prahlerei mit dem Lohn" denn den „Betriebsfrieden"?

Die WAZ zitiert, was einer Arbeiterin bei ihrer Einstellung in einer Firma als Locherin befohlen wurde: „Teilen Sie ihren Kollegen nicht mit, daß sie besser bezahlt werden." Die Kollegin hielt sich nicht an diesen Befehl, was die WAZ unverschämt und beleidigend als „Prahlerei" hinstellt. Zynisch heißt es in dem Artikel: „Die Frau konnte jedoch den Mund nicht halten. Die Folge: Sie erhielt die Kündigung. Vergebens klagte sie vor dem Landesarbeitsgericht gegen ihre Entlassung."

Daß der Unternehmer die Arbeiterin zwingen wollte, ihren Lohn gegenüber den Kollegen zu verschweigen, ist typisch. Auf diese Weise wollen die Kapitalisten den Zusammenhalt zwischen den Arbeitern zersetzen und in ihren Reihen Zwietracht säen. So wollen sie erreichen, daß die Kollegen einander als Konkurrenten und Feinde betrachten und sich nicht im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschließen. Daß das Landesarbeitsgericht die Entlassung bestätigt, zeigt deutlich, daß die Justiz im kapitalistischen System keineswegs „neutral" über den Klassen steht. Wie der ganze bürgerliche Staat ist sie eine Waffe der herrschenden Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Das Landesarbeitsgericht begründete die „Rechtmäßigkeit" der Entlassung damit, daß durch das Verhalten der Arbeiterin der „Betriebsfrieden" gefährdet worden sei. Das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) verpflichtet die Arbeiter zur Wahrung des „Betriebsfriedens". Das Urteil des Landesarbeitsgerichts macht nun sehr deutlich, was unter „Betriebsfrieden" zu verstehen ist: Der Arbeiter hat für den Profit der Kapitalisten zu schuften, er hat sich der Ausbeutung willig zu unterwerfen und sich den Befehlen der Bosse zu fügen. Gefährdet und durchbrochen wird dieser saubere „Frieden" schon dann, wenn die Kollegen sich den Versuchen der Kapitalisten widersetzen, ihre Solidarität zu zersetzen und ihre Reihen zu spalten.

Im Übrigen zeigt die Art der Berichterstattung in der WAZ auch, welche Rolle die „unabhängige" Presse in diesem System spielt. Eine Arbeiterin, die sich nicht befehlen läßt, ihre Kollegen zu belügen, bzw. ihnen zu verheimlichen, welchen Lohn sie erhält, wird als Prahlerin hingestellt und in unverschämter Weise öffentlich beleidigt, während andererseits die Entlassung, die eine brutale Unterdrückungsmaßnahme ist, gerechtfertigt wird. Die Freiheit der Presse in einem kapitalistischen Staat ist eben nichts anderes als die Freiheit, gegen die Arbeiterklasse zu hetzen und die Ausbeutung und Unterdrückung zu verteidigen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

"RÖHRENKIEKER" / Mannesmann
Aktienschwindel

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die Konzernherren der Mannesmann AG Belegschaftsaktien ausgeben wollen; als „Beitrag zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", wie die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen sagen. Jedes Belegschaftsmitglied kann, so das Angebot der Mannesmann-Kapitalisten, bis zu fünf Mannesmann-Aktien mit einem Nennwert von je 50 DM zum halben Kurswert erwerben. Verkauft werden können die Aktien frühestens nach fünf Jahren. Der folgende Artikel aus dem „Röhrenkieker", der Betriebszeitung unserer Partei bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg, befaßt sich mit diesem „großzügigen Angebot" der Kapitalisten.

In den letzten Tagen bekam jeder Kollege einen dicken Brief der MW-Kapitalisten in die Hände. Viele Kollegen meinten: „Sonst mausern sie um jeden Pfennig, da mußt du noch hinter den Vitamintabletten hinterherrennen. Aber hinter unserem Geld sind sie her wie der Teufel hinter der armen Seele!" In dem Brief ist zu lesen: „Das Unternehmen leistet einen freiwilligen Beitrag (mit dem Angebot von Aktien) zur Vermögensbildung seiner Mitarbeiter." Abgesehen davon, daß wir Arbeiter uns nie ein Vermögen bilden können, haben uns die MW-Kapitalisten noch nie etwas freiwillig zugestanden.

Mit unserem schwerverdienten Geld wollen die MW-Herren die Rationalisierung ihres Konzerns beschleunigt vorantreiben. Und da können wir uns sicher sein, daß das Aktiengeschäft nicht für uns, aber für sie eine gewinnbringende Sache ist. Vielleicht investieren sie mit diesem Geld im Ausland, weil dort die Produktionskosten niedriger sind (wie z. B. letztes Jahr geplant war, die Hütte zu verkaufen und hier dicht zu machen und ein Werk an der Nordsee aufzubauen.) Und weil das eben für die Kapitalisten profitabler ist, werden hier in Deutschland Produktionsanlagen stillgelegt, werden Arbeiter entlassen. Aber wenn sie das Geld nicht im Ausland investieren, dann vielleicht bei uns auf der Hütte. So oder so, Kollegen, würden wir die MW-Aktien kaufen, dann würden wir nur das Wegrationalisieren unserer eigenen Arbeitsplätze finanzieren.

Was uns die Herren weismachen wollen ist, daß es ein „gemeinsames Interesse" zwischen Unternehmern und Arbeitern gibt. Der Arbeiter mit einer 50-DM-Aktie soll jedes Jahr gemeinsam mit den fetten Großaktionären auf eine hohe Dividende hoffen. Aber die hohe Dividende fällt ja nicht vom Himmel. Sie wird erst dann möglich, nachdem der Unternehmer Profit gemacht, das heißt sich Werte angeeignet hat, die wir geschaffen haben. Also soll der Arbeiter an einem möglichst hohen Profit seines Unternehmers (sprich: an seiner eignen Ausbeutung) Interesse haben. Mit solchen klassenversöhnlerischen Ideen wollen uns die Kapitalisten vom Kampf für unsere wirklichen Interessen, nämlich für die Abschaffung dieser Ausbeuterordnung, abhalten.

Selbst Arbeiterverräter Knapp sieht sich gezwungen, den Kollegen vom Aktienkauf abzuraten. Gleichzeitig macht er „Verbesserungsvorschläge" und fordert MW müßte die Aktien umsonst ausgeben bzw. daß sie sofort verkauft werden können.

Damit verbreitet er die Illusion, als würden uns die Kapitalisten etwas schenken. In Wahrheit müssen wir um jeden Pfennig kämpfen! Gleichzeitig versucht er uns die Klassenversöhnung etwas geschickter verpackt unterzujubeln.

Daneben werden sie das Aktienpaket als Druckmittel für die kommenden Tarifauseinandersetzungen benutzen, indem sie demagogisch behaupten werden: Wir haben dieses Jahr schon freiwillig Millionen für die Vermögensbildung ausgegeben. Obwohl sie uns in Wahrheit erst mal 50 DM monatlich vom Lohn abziehen wollen!

Kollegen, entlarvt den Aktienschwindel! Kampf dem Lohnraub! Laßt Euch nicht vom revolutionären Klassenkampf abhalten!

"ANGRIFF" / Klöckner Hütte
Kampf der Rationalisierung im WW 2

Im ganzen Betrieb spüren wir verschärfte Ausbeutung und Arbeitshetze. Vom Konzernvorstand wurde ein neuer Direktor hergeschickt. Dessen Hauptaufgabe ist es, die Produktion zu durchforsten und Arbeitsplätze einzusparen. Nachdem die Klöckner-Kapitalisten während der Kurzarbeit Millionen an staatlichen Subventionen aus Steuergeldern eingesackt hatten, wollen sie jetzt – bei gestiegenen Verkaufschancen – den Profit weiter steigern, indem sie noch mehr Arbeit aus uns herauspressen. Nachdem es der Werksleitung im KW gelungen ist, gegen den Widerstand der meisten Kollegen die 6-Tage-Woche wieder einzuführen, nehmen sie sich jetzt das Warmwalzwerk vor.

Im Juli legte die Werksleitung folgenden Plan auf den Tisch: Nach dem 1. Oktober sollen pro Schicht vier Arbeitsplätze an der Warmbreitband-Straße wegfallen. Insgesamt sollen von allen vier Schichten 19 Mann abgezogen werden. Nachdem bereits Kollegen unter dem Eindruck der gezielt verbreiteten Gerüchte sich nach anderen Arbeitsplätzen umgesehen haben, sollen jetzt noch zehn Mann gehen.

Die Werksleitung begründet das damit, daß die Straße jetzt vollau[illegible]isch laufe. Die für den Handbetrieb während der Einfahrzeit vorgesehenen Steuerleute seien damit überflüssig. Aber: Es vergeht keine Schicht, wo die Automatik reibungslos läuft und nicht von Hand gefahren werden muß! Die bisherigen Störungen waren keine Kinderkrankheiten, die jetzt überwunden sind.

Sind die noch zum Abzug vorgesehenen zehn Kollegen erst weg, dann werden die verbleibenden Kollegen unter noch stärkerer Arbeitshetze stehen. Das zeichnet sich jetzt bereits ab. Trotz Urlaubszeit, Krankheit und abgezogenen Leuten soll bei Ausfall der Automatik mit Hand weitergefahren werden.

Das bedeutet, daß teilweise die Vorarbeiter mit an die Steuerstände müssen. Die Kollegen sollen daran gewöhnt werden, die Mehrarbeit als selbstverständlich anzusehen. Krankheit und Urlaub darf es dann am besten nicht mehr geben!

Nein Kollegen, sie können nicht alles mit uns machen! Soll das Band eben stillstehen, wenn nicht die ausreichende Anzahl Kollegen da ist!

"ROTFRONT!" / Hoechst
Verschärfte Rationalisierung

Aus dem 75er Geschäftsbericht geht klar hervor, daß Hoechst Rationalisierungen als das wichtigste Mittel zur Steigerung der Profite ansieht. Großes Gejammer über die „schlechte Ertragslage" – aber 626 Millionen DM investierte im letzten Jahr die AG in neue Maschinen und Anlagen: 34% mehr als im Rekordjahr 1974. Der Löwenanteil davon diente zu sogenannten „kostensenkenden Verfahrensverbesserungen".

Angeblich werden durch Investitionen Arbeitsplatze gesichert. Mit dieser Begründung verteilte der Staat aus unseren Steuergeldern 13 Milliarden DM als „Investitionszulage". Der DGB-Apparat klatschte ihm dafür laut Beifall. Sehen wir uns diesen Schwindel am Beispiel Hoechst genauer an.

Im Werk Hoechst wurden z. B. 303 Millionen DM investiert – und 269 Arbeitsplätze eingespart. Denn: „Die Positionen ausscheidender Mitarbeiter wurden in der Regel durch innerbetriebliche Personalumsetzungen neu besetzt oder gänzlich gestrichen." (Geschäftsbericht S. 47).

Innerhalb der AG schießt das Werk Bobingen den Vogel ab: einer Investitionssteigerung von 23% steht ein Rückgang des Personalbestands um 5,4% gegenüber.

Das zeigt eindeutig, mit welchem Ziel Hoechst besonders im Krisenjahr 1975 investiert hat: um Arbeitskräfte wegzurationalisieren und für die in den Betrieben bleibenden Kollegen die Arbeitshetze zu erhöhen.

Revisionistisches

ZENSUR BEIM VERLAG „PLÄNE“

Bis vor kurzem brachte der Verlag „Pläne“ (D„K“P-Verlag in Dortmund) unter anderem Platten des irischen Folkloresängers F. Furey heraus. Inzwischen allerdings hat Furey die Plattenfirma gewechselt. Wie kam es dazu? Auf der neuesten Platte von ihm war ein Lied vorgesehen, daß „Cross Mc Lang“ heißt und beschreibt, wie ein Trupp der IRA in dieser von der englischen Besatzerarmee eingekreisten Stadt den Ring der Besatzer sprengte und ihnen schwere Verluste zufügte, so daß sich die Besatzer zurückziehen mußten. „Pläne“ lehnte dieses Lied ab. Begründung: es sei zu revolutionär und militant!

MONOPOLE – NUR NOCH IN BONN?

Die August/September-Ausgabe der D„K“P-Zeitung für Klöckner-Bremen „Die Bramme“ schreibt anläßlich der Bundestagswahl: „Bei uns im Betrieb – der Klöckner-Hütte-Bremen – wählt die Belegschaft ihre bewährtesten und aktivsten Kollegen in den Betriebsrat. – Hier haben die Arbeiter- und Angestellteninteressen den absoluten Vorrang. Im Bundestag in Bonn ist das völlig anders. Dort haben die Interessen des Großkapitals den absoluten Vorrang.“

Der Leser staunt. Er weiß zwar, daß die D„K“P bereits seit geraumer Zeit erklärt, sie wolle die Monopole „zurückdrängen“, daß sie sie aber bereits aus Bremen heraus und bis nach Bonn hinunter geschoben hat, ist eine echte Neuigkeit.

Spaß beiseite. Das paradiesische Bild, daß die D„K“P vom Betriebsrat malt, zeigt in Wirklichkeit, daß sie überhaupt nicht daran denkt, den Arbeiter- und Angestellteninteressen den absoluten Vorrang zu geben. Wer das tatsächlich tut, wie unsere roten Betriebsräte, der merkt nämlich auf Schritt und Tritt, daß sich die Kapitalisten den Betriebsrat nicht geschaffen haben, um Arbeiterinteressen zum Durchbruch zu verhelfen, sondern, um sie zu bekämpfen. Der merkt, daß die Kapitalisten der jeweiligen Betriebe auf der Grundlage der bestehenden Gesetze jeden, der im Betriebsrat die Interessen der Arbeiter durchsetzt, bis aufs Messer bekämpfen.

Wie kommt es also, wenn die D„K“P trotzdem den Betriebsrat als das Gremium bejubelt, das den Interessen der Arbeiter und Angestellten „absoluten Vorrang“ einräumt? Weil sie eben – wie D„K“P-Betriebsratsvorsitzender Röpke von Klöckner auch immer wieder unter Beweis stellt – nichts gegen das Betriebsverfassungsgesetz hat, das dem Betriebsrat die Wahrung des Betriebsfriedens (sprich: Ausbeuterfriedens) vorschreibt und von ihm die Wahrung der Friedens- und Schweigepflicht verlangt.

Was war denn mit dem „absoluten Vorrang der Arbeiter- und Angestellteninteressen“, als der Betriebsrat unlängst bei Klöckner der Wiedereinführung der 6-Tage-Woche bei Klöckner zustimmte? Wie läßt es sich mit diesen großen Worten vereinbaren, wenn D„K“P-Betriebsratsmitglied Holtrop auf der letzten Betriebsversammlung gegen einen kommunistischen Kollegen hetzte und rief: „Liebe Kollegen, solche Mistböcke müßt ihr ausmerzen!“? (Der Kollege wurde dann von Klöckner entlassen.)

Tatsache ist: Der Betriebsrat ist ein Gremium, das die Kapitalisten eingerichtet haben, um die Arbeiter zu betrügen und zu unterdrücken. Darin unterscheidet er sich nicht vom Bundestag. Wenn die D„K“P das Gegenteil behauptet, um Stimmen für den Betriebsratsvorsitzenden Röpke zu sammeln, den sie als Bundestagskandidaten aufgestellt hat, dann zeigt das allerdings, was für die D„K“P tatsächlich „absoluten Vorrang“ hat – ihre Gier, auch einmal von den Fleischtöpfen in Bonn einen Brocken abzubekommen.

Interview mit dem "Roten Marder"

Revolutionäre sind keine Pazifisten

Die Partei und die ROTE GARDE rufen auch in diesem Jahr in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin zu Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg auf. Diese Tradition zeigt, wie wichtig die Partei den antimilitaristischen Kampf nimmt, die Aufgabe, die Werktätigen, vor allem die Jugend, unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg!“ zusammenzuschließen. Das natürlich nicht nur am 1. September, sondern das ganze Jahr über. Und zwar vor allem in der „Höhle des Löwen“, in der Bundeswehr. Um unseren Lesern zu zeigen, wie die Partei und die ROTE GARDE dort den Kampf führen, haben wir einige Fragen an den „Roten Marder“, die Hamburger Soldatenzeitung der ROTEN GARDE, gestellt.

RM: Der „Rote Marder“ erscheint ja jetzt schon einige Zeit. Für die Bundeswehr nicht gerade eine erfreuliche Tatsache ...

„Roter Marder“: Das kann man wohl sagen. Die Bundeswehr-Führung versucht mit allen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Die Bundeswehr reagiert auf den „Roten Marder“ mit Leseverbot, Abgabepflicht, Spintdurchsuchungen, Verhören, dem Einsatz des MAD und ähnlichen Maßnahmen. Es ist ihr bis heute nicht gelungen, das illegale Verteilen des „Roten Marder“ innerhalb der Kasernen zu verhindern. Um so wütender wird ihre Reaktion, wenn wir direkt eingreifen, z. B. bei der Enthüllung über die Hintergründe eines Panzerunfalls oder über die illegalen Waffenschiebereien einer Kompanie-Führung. Oft hören unsere Genossen von den Kameraden bei einer besonderen Schikane: Das muß in den „Roten Marder“, die Bundeswehr wird es zu spüren bekommen. Die relativ hohe Popularität des „Roten Marder“ unter vielen Soldaten in Hamburg und Umgebung wird auch dadurch unterstützt, daß die Bundeswehr im Unterricht immer wieder vor dieser Zeitung warnt und eine üble Hetze entfaltet ...



RM: Warum habt Ihr Eure Zeitung übrigens „Roter Marder“ genannt?

„Roter Marder“: Wir sind ja nicht gegen die Bundeswehr, weil dort geschossen wird. Oder weil wir gegen Gewehre oder Panzer sind. Wir sind gegen die Bundeswehr, weil sie eine imperialistische Armee ist.

Es sind die Revisionisten der SDAJ mit ihrem ADS (Aktion Demokratischer Soldaten – RM), die sagen „Zerbrecht die Gewehre“. Als ob die Gewehre daran schuld sind, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges wächst, als ob die Gewehre daran schuld sind, daß die Bundeswehr Übungen macht, in denen die Niederschlagung von Arbeiteraufständen geübt wird. Ein Gewehr, ein Panzer, ist ein totes Ding. Ob es dem Frieden dient oder dem imperialistischen Krieg, ob es den Kapitalisten dient oder der Arbeiterklasse, kommt darauf an, wer das Kommando führt. Wer so tut, als sei der Feind der Soldaten in der Bundeswehr das Gewehr, der nimmt in Wirklichkeit die westdeutschen Imperialisten und die NATO-Generale in Schutz, die diese Waffen für ihre imperialistischen Ziele einsetzen.

Und damit kommen wir zum nächsten Punkt. Wie soll man denn gegen die westdeutschen Imperialisten kämpfen, wenn sie eines Tages tatsächlich einmal die Bundeswehr gegen eine Arbeiterrevolte, gegen einen revolutionären Aufstand der Arbeiter einsetzen? Mit unseren Fäusten? Sollen wir mit Stöcken gegen Panzer angehen? – Es ist doch klar: Die allgemeine Ächtung der Waffen zu fordern, wenn die Imperialisten ein riesiges Waffenarsenal haben und damit die Arbeiterklasse unterdrücken, die keine Waffen hat, heißt doch, der Arbeiterklasse das Grab schaufeln. Wir halten es da lieber mit Lenin, der gesagt hat:

„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden ... Unsere Losung muß lauten: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse.“

RM: Ihr habt anfangs die Gefahr eines dritten Weltkrieges angesprochen. Die Bundeswehr wird als Teil der NATO – sollte es tatsächlich zu einem neuen Weltkrieg kommen, ja nicht abseits stehen. Wie seht ihr die Soldaten diese Frage?

„Roter Marder“: Es gibt natürlich schon eine Reihe, die es nicht für möglich halten, daß es einen dritten Weltkrieg geben muß, wenn die Völker das nicht verhindern. Hier werden wir gerade die großen Herbstmanöver nutzen, um klarzumachen, daß nicht zum Spaß zehntausende von Soldaten Kriegssituationen durchspielen, sondern daß hier tatsächlich geübt wird. Bei diesen Manövern wird dann die Bundeswehr-Führung auch wieder groß vom „Verteidigungsauftrag“ der Bundeswehr reden. Aber das zeigt sich natürlich jeden Tag, daß die Bundeswehr nicht für die Verteidigung da ist. Die NATO und der Warschauer Pakt – beide Militärblöcke sind dazu da, um gegenwärtig die Machtbereiche der beiden imperialistischen Supermächte zu sichern. Sie werden immer weiter aufgerüstet, um den Kampf um eine Neuaufteilung der Welt, auf den sich beide Supermächte vorbereiten, zugunsten der einen oder der anderen zu entscheiden.

Genau von diesem aggressiven Geist ist die Bundeswehr auch geprägt. In allen drei Waffengattungen, Luftwaffe, Marine und Heer, werden umfangreiche Aufrüstungen durchgeführt, z. B. neue Fregatten, oder die zahlreichen offensiven Waffensysteme in Heer und Luftwaffe, wie z. B. der neue Leopard oder das neue Kampfflugzeug MRCA sowie der Ausbau taktischer Atomwaffen. Weiterhin ist die gesamte Umstrukturierung des Heeres, d. h. die Schaffung kleinerer, kampfstärkerer Einheiten mit wesentlich schnellerer Mobilmachungsfrist zu erwähnen.

Aber das kann man auch sagen. Je klarer den Soldaten dieser imperialistische Charakter der Bundeswehr wird, desto größer wird auch ihre Empörung. Die meisten Soldaten sind ja Arbeiter oder Angestellte. Die wissen ganz gut, daß sie in einem solchen Krieg nur das Kanonenfutter sein sollen, um die Profite der amerikanischen und der westdeutschen Imperialisten zu retten.

RM: Hier liegt natürlich auch das grundlegende Dilemma der Bundeswehr. Die Kapitalisten haben die Bundeswehr, um sie im Rahmen der NATO gegen fremde Völker einzusetzen, um sie als Bürgerkriegstruppe gegen die Werktätigen einzusetzen. Gleichzeitig sind es aber natürlich hauptsächlich Werktätige, die diese Armee bilden.

„Roter Marder“: Diesen Widerspruch spürt man in der Bundeswehr jeden Tag. Am Drill und der Schikane, mit dem die Soldaten fertiggemacht und zu willenlosen Befehlsempfängern erzogen werden sollen und an der politischen Unterdrückung in der Bundeswehr, die sehr viel schärfer ist als in anderen Bereichen. Die ständige Erpressung der Soldaten mit der sogenannten „Freizeit“, Befehle ohne jeden erkennbaren Sinn, nur um totale Unterwürfigkeit durchzusetzen, Spaltung durch materielle Begünstigungen einiger Teile der Mannschaften, die Methode der ständigen physischen und psychischen Belastung der Soldaten bis an den Rand ihrer Kräfte, um Widerstand von vorneherein zu verhindern, der umfangreiche Gebrauch von Disziplinarstrafen in Form von Geldbußen und Arreststrafen bis zu 21 Tagen, – ganz zu schweigen von den verschiedenen Erlassen und Gesetzen.

Dagegen gibt es natürlich Widerstand. So hat sich in vielen Kasernen eine Kampffront gegen Kantinenwucher gebildet. Wir organisierten mehrere Boykottaktionen und riefen zum Boykott der zum Betrug an den Soldaten eingerichteten Mitbestimmungsgremien auf.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: der Kampf um revolutionäre Vertrauensmänner. Viele Genossen wurden von den Kameraden zu ihren Vertrauensmännern in Abgrenzung zum reaktionären Vertrauensmännerwahlgesetz, welches eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorschreibt, gewählt. Sie forderten unabhängige Mannschaftsversammlungen und organisierten diese auch illegal, wenn es notwendig war, und bilden bei der Organisierung des Kampfes um die gerechten Forderungen der Soldaten die Führung. Hier ist für unser Auftreten vor allem eins von Bedeutung: die werktätige Jugend hat beim Kampf in der Bundeswehr noch relativ wenig Erfahrungen, die Lage ist für die meisten Jugendlichen neu und der gemeinsame Widerstand kann nur unter illegalen Bedingungen organisiert werden. Wenn wir als Kommunisten aber taktisch geschickt und offensiv auftreten kann sich dieser spontane Widerstand sehr schnell entwickeln, vor allem in den Kampfeinheiten, wo die Situation besonders verschärft ist.

So marschierte am Beginn einer Übung z. B. eine größere Gruppe von Soldaten mit ihren Waffen trotz ausdrücklichem Verbot in die mehrere Kilometer entfernte Unterkunft und riefen dabei Parolen gegen die Schikane durch die Kompanie-Führung, welche die Soldaten trotz einer Nacht in eisiger Kälte grundlos festhielt. Bei all diesen Kämpfen stehen die Genossen in der vordersten Reihe und schaffen durch ihr Verhalten das Vertrauen der Mannschaften zur Partei. Durch ausführliche Gespräche führen die Genossen im Kampf die Kameraden näher an die Partei heran und können so auch neue Kämpfer gewinnen.

Gerade die besonders offene und brutale Unterdrückung beim Bund und der Umstand, daß die Jugendlichen Tag und Nacht zusammen leben und aufeinander angewiesen sind, bieten günstige Bedingungen, viele Jugendliche an die ROTE GARDE heranzuführen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Umstände, die eine Organisierung behindern: So ändert sich die Zusammensetzung der Einheiten von Quartal zu Quartal, oft werden Stubengemeinschaften willkürlich auseinandergerissen und einzelne Soldaten versetzt, um so die Bildung einer Kampffront zu erschweren. Doch auch im günstigsten Fall ist man mit einem Kameraden ja nie länger als 15 Monate zusammen. Entscheidend für unsere Arbeit ist aber der Kampf und das Auftreten der Genossen; wie wir es verstehen, trotz der schwierigen, oft illegalen Arbeitsbedingungen, des täglichen Terrors und der Kontrolle, die Linie der Partei umzusetzen.

RM: Wir danken Euch für das Interview.

Vom Aufbau des Sozialismus

STADT DER JUGEND

Die besondere Sorge des sozialistischen albanischen Staates spürt jeder, der die Studentenstadt in Tirana besucht. Das ist keine Betonwüste im Stil der modernen Studentenviertel der Bundesrepublik, hier ist kein Platz für Verlassenheit und Einsamkeit, worunter in den neuen Universitätsvierteln der Bundesrepublik immer mehr Studenten leiden.

Diese albanischen Studentenstadt liegt auf einem Hügel im Osten Tiranas. Ihr Leben begann vor etwa 17 Jahren mit drei Gebäuden, in denen nur etwa 500 Studenten wohnten. Heute hat die Studentenstadt ein anderes Aussehen:



mit mehreren zwei- und sechsstöckigen Gebäuden, asphaltierten Strassen und schönen Parks. Sie bietet etwa 6 000 jungen Menschen Unterkunft. Es sind alle nötigen Dienstleistungen vorhanden – Kommunaldienstleistungen, ärztliche Betreuung, Postdienst, Geschäfte. Vor 6 Jahren wurde noch eine weiteres Gebäude errichtet, der Kulturpalast „Studenti“, sowie eine moderne Sportanlage geschaffen. In diesen Kultur- und Sporteinrichtungen verbringen die Studenten die Freizeit mit verschiedenen Aktivitäten. Allein 1975 haben Laienkünstler aus den Reihen der Studenten über 60 Veranstaltungen gegeben. An ihnen wirkten insgesamt über 1 000 Studenten mit. Etwa 2 000 Jugendliche nahmen an verschiedenen Sportveranstaltungen teil.

Ein großer Teil der Studenten beschäftigt sich mit wissenschaftlicher Arbeit. Den etwa 100 wissenschaftlichen Zirkeln gehören über 1 300 Studenten an.

Insgesamt haben seit Beginn ihres Bestehens über 20 000 junge Menschen hier gewohnt und gearbeitet, die heute in allen Teilen des Landes als Kader in der Volkswirtschaft und im Bildungswesen tätig sind.

15 000 ARBEITERHOCHSCHULEN IN CHINA

Gegenwärtig gibt es in China mehr als 15 000 Arbeiterhochschulen. 3 000 mehr als in den ersten Hälfte des Jahres 1975. Die Zahl der Einschreibungen ist in diesem Zeitraum von 90 000 auf 780 000 gestiegen.

Diese Arbeiterhochschulen sind von Fabriken verwaltete Hochschulen, die als Ergebnis der Kulturrevolution entstanden. Diese Arbeiterhochschulen entstanden im Kampf gegen den kapitalistischen Machthaber Liu Tschao-tschi und wurden gegen den kapitalistischen Machthaber Deng Hsiao-ping verteidigt, der sie bekämpfte und behauptete, daß sie nur „dem Namen nach Hochschulen“ seien. In Wirklichkeit sind dies ausgezeichnete Hochschulen, die die Studenten nicht nur in bestimmten Fächern unterrichten, sondern gleichzeitig in der vordersten Front des Klassenkampfes in der Fabrik stehen. Während die Studenten direkt am Klassenkampf in ihren eigenen Fabriken teilnehmen, studieren sie revolutionäre Theorie, stellen soziale Untersuchungen an, schreiben Artikel zur Kritik an Machthabern auf dem kapitalistischen Weg und entfalten eine aktive Propagandatätigkeit unter den Volksmassen.

Am 3. September in Hamburg:

Prozess gegen Ernst Aust und Gernot Schubert

Was ist der Bundestag – ein Volksvertretungsorgan oder eine Schwatzbude? Darum geht es am 3. September in der Berufungsverhandlung gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert. Angeklagt ist ein Artikel aus dem „Roten Morgen" des Jahres 1973 mit der Überschrift „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen". Weil der „Rote Morgen" damals geschrieben hatte, daß das Bonner Parlament eine „Schwatzbude" ist, daß „in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals" waren die beiden Genossen in der ersten Instanz als Redakteur und Verleger des „Roten Morgen" zu 2 000 bzw. 1 500 DM Geldstrafe verurteilt worden.

Konnten die Genossen damals etwa nicht beweisen, daß die Feststellungen des „Roten Morgen" den Tatsachen entsprachen? Sie konnten es und führten auch zahlreiche Tatsachen an: die Steiner-Wienand-Affäre selbst, die Beraterverträge, die die Abgeordneten mit bestimmten Firmen abschließen, die Tatsache, daß Gesetze nur dann verabschiedet werden, wenn sie in den Unternehmerverbänden, den verschiedenen Ausschüssen eingehend von den Vertretern der Wirtschaft beraten wurden usw. usf. Alle diese Tatsachen aber interessierten das Gericht überhaupt nicht. In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Bezeichnung des Bundestags als ‚parlamentarische Schwatzbude' ist ein reines Werturteil. Auch in der Bezeichnung der Abgeordneten als ‚Huren des Kapitals' bzw. ‚Handlanger des Kapitals', aber auch noch in den Worten ‚korrupt bis auf die Knochen' liegt überwiegend ein politisches Werturteil und insoweit keine dem Wahrheitsbeweis zugängliche Tatsachenbehauptung."

Politische Werturteile haben also mit den Tatsachen nichts zu tun?

Das ist natürlich Blödsinn. So etwas kann nur der behaupten, der die Tatsachen, die Beweise der KPD/ML fürchten muß und ihnen nichts entgegenzusetzen hat.

Denn wer sein politisches Urteil über den Bundestag, wer die Behauptung, der Bundestag sei ein Organ der Volksvertretung, nicht beweisen konnte, das war das Gericht. Dem Richter ist auch in seiner Urteilsbegründung kein einziges Beispiel eingefallen, das er dafür ins Feld führen könnte, daß der Bundestag im Interesse des Volkes gehandelt habe. Das ist auch kein Wunder. Denn das „politische Werturteil" des Hamburger Gerichts und der gesamten Kapitalistenklasse über den Bundestag läßt sich auch mit den Tatsachen nicht vereinbaren. Es ist eine Lüge, Betrug am Volk.

Wie soll man aber eine solche Rechtssprechung nennen, die die Wahrheit nicht in den Tatsachen sucht, sondern auf Grund von längst festgelegten „politischen Werturteilen" Urteile fällt? Demokratisch etwa? Nein, das ist die Rechtssprechung des Diktators, der als „ewige Wahrheit" festlegt, daß sich die Sonne um die Erde dreht, und wenn die Tatsachen hundertmal beweisen, daß das Gegenteil der Fall ist. Das ist Klassenjustiz, die das als Wahrheit verkündet, was der herrschenden Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nützt und die Weltanschauung der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, bekämpft.

Der Terror, mit dem das Gericht versucht, die Partei einzuschüchtern und den Bundestag in Schutz zu nehmen, wird allerdings weder die angeklagten Genossen noch die Partei davon abhalten, die Wahrheit zu verbreiten. Was den Bundestag angeht, so wird die Bourgeoisie Gelegenheit haben, sich eines Tages ganz praktisch davon zu überzeugen, daß die Partei es ernst meint, was sie bereits in ihrer Gründungserklärung schrieb:

„Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes."

Weg mit der Geldstrafe von 12 000 DM gegen Hanfried Brenner

Vor einem Jahr verurteilte das Duisburger Amtsgericht Genossen Hanfried Brenner zu einer Geldstrafe von 12 000 DM. Dieser erste Prozeß gegen einen Augenzeugen des Polizeiüberfalls auf die Duisburger Arbeitsgerichtsverhandlung, an dessen Folgen Genosse Günter Routhier starb, und eines der bekanntesten Mitglieder der KPD/ML in Duisburg hatte für die Bourgeoisie eine besondere Bedeutung. Das zeigte sich nicht nur daran, daß in diesem Prozeß so viele Zeugen vernommen wurden wie in kaum einem anderen Routhier-Prozeß, nicht nur daran, daß das Gericht hier mit besonderer Schärfe gegen den Angeklagten und teilweise sogar gegen seinen Verteidiger vorging – sondern eben auch im Urteil: der höchsten Geldstrafe, die bisher in allen Routhier-Prozessen gegen einen einzelnen Angeklagten verhängt wurde.

Wenn es der Plan des Gerichts gewesen war, mit den vielen Zeugen die Feststellungen der KPD/ML über die Ursache von Günters Tod zu erschüttern – dann ist dieser Plan gründlich gescheitert. Praktisch alle Zeugenaussagen – auch die vieler Polizeizeugen – vervollständigten vielmehr das Bild des Polizeiüberfalls, erhärteten die Vorwürfe der Partei gegen die Duisburger Polizei und machten den Prozeß zu einer Anklage gegen die Verantwortlichen am Tode Günter Routhiers.

Das Gericht und die Staatsanwaltschaft, deren Aufgabe es war, dieses Vorgehen der Polizei juristisch zu decken, antworteten mit offenem Zynismus. So antwortete etwa der Staatsanwalt auf den Vorwurf Hanfried Brenners, die Brutalität dieses Polizeiüberfalls auf die Zuschauer des Arbeitsgerichts und Genossen Günter sei geplant gewesen: „Wenn das wirklich die Intention der Polizei gewesen wäre, dann hätte es anders ausgesehen . . . Was hat es denn für Verletzungen beim Angeklagten und vielen anderen gegeben?"

In diesem Jahr seit dem letzten Prozeß gegen Hanfried Brenner haben sich natürlich die Absichten der Klassenjustiz nicht geändert. Geändert, weiter verbessert aber haben sich die Kampfbedingungen der Partei. Die Klassenjustiz hat in weiteren Prozessen Schläge einstecken müssen, ein neues Gutachten über die Todesursache von Günter hat die Lüge vom „natürlichen Tod" Günters erschüttert, breitere Teile der Öffentlichkeit – auch im Ausland – haben sich inzwischen in den Kampf gegen diesen Polizeimord an einem Kommunisten eingereiht. Dies alles wird den erneuten Prozeß gegen Hanfried Brenner zu einem noch härteren Schlag gegen die bürgerliche Klassenjustiz machen.

Genosse Hanfried Brenner

Razzia gegen Buchläden

Am 18. 8. 1976 durchsuchte die Polizei unter direkter Regie der Bundesanwaltschaft Buchhandlungen in Bochum, Köln, Hamburg, Westberlin, Tübingen, Heidelberg und München so wie eine Reihe von Privatwohnungen. Vor allem ging es der Polizei dabei um die im Mai erschienene Ausgabe einer Zeitschrift, die Artikel zum Tod von Ulrike Meinhof und zur „inneren Sicherheit" in der Bundesrepublik enthält. Wie die bürgerliche Presse berichtet, wurden dabei auch Wohnungen von völlig unbeteiligten Personen auf den Kopf gestellt.

Die Polizei begründete diese Durchsuchungsaktion mit dem neuen Strafrechtsparagrafen 130 a, bzw 88 a (Befürwortung von Gewalt), der seit Mai diesen Jahres in Kraft ist. Bei dieser Razzia wurde der Geschäftsführer der Bochumer Buchhandlung verhaftet und nach Karlsruhe gebracht.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MANNHEIM

1975 hatten das „Chile-Komitee" und das „Nahost-Komitee" des KBW in Heidelberg eine Straßensammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Oman und des Kampfes des chilenischen Volkes angekündigt. Diese Straßensammlung wurde verboten. Jetzt bestätigte das Verwaltungsgericht Mannheim das Sammlungsverbot. Begründung: Das gesammelte Geld sollte unter Umständen der Unterstützung des bewaffneten Kampfes in diesen Ländern (etwa dem Kauf von Waffen) dienen, deshalb könnten diese Sammlungen als „kriegerische Aktionen" gegenüber anderen Staaten angesehen werden. Das aber sei mit Recht und Ordnung nicht vereinbar. Außerdem gehe es nicht an, Aktivitäten zu genehmigen, deren Ziel der Sturz von Regierungen anderer Länder sei. Solche Aktivitäten könnten die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik erheblich gefährden. (Gegen das Urteil wurde Revision beantragt und zugelassen.)

STUTTGART

Rechtsanwalt Croissant wurde wieder aus der Haft entlassen. Er war vor rund vier Wochen auf Grund von Aussagen des gekauften Elements Gerhard Müller im Stammheimer Prozeß verhaftet worden. Gleich nach seiner Freilassung begann gegen Croissant ein Prozeß wegen „Beleidigung" vor dem Amtsgericht Karlsruhe. Er hatte in einem Prozeß erklärt, die Richter des Bundesgerichtshofes stünden in der Tradition des Dritten Reiches und das mit den Freisprüchen des BGH für den KZ-Arzt Borm und den früheren Richter am Volksgerichtshof Rehse begründet. Croissant und der ebenfalls angeklagte Rechtsanwalt Müller waren deswegen per Strafbefehl zu je 6 000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Da sie dagegen Einspruch erhoben hatten, kam es jetzt zum Prozeß.

DUISBURG

In Duisburg fand am 18. 8. ein Prozeß gegen Genossen Richard D. statt. Er war angeklagt wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei" und „Verächtlichmachung der Bundesrepublik", weil in einem Flugblatt Äußerungen von Richard in einem früheren Prozeß gedruckt worden waren. Auf Grund dieses Flublattes, in dem geschrieben wurde, daß die Duisburger Polizei Günter Routhier ermordet habe, verurteilte das Gericht Genossen Richard zu 1 500 DM Geldstrafe.

Im Prozeß, der jetzt in Duisburg stattfand, mußte das Gericht teilweise zurückstecken, da es nicht in der Lage war zu beweisen, daß Genosse Richard im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Routhier tatsächlich von der Duisburger Polizei gesprochen hatte. Die Anklage wegen „Beleidigung" wurde fallengelassen. Das Urteil auf 600 DM Geldstrafe reduziert.

Das ist nicht das erste Mal, daß revolutionäre Angeklagte wegen Äußerungen bestraft werden, die sie im Rahmen ihrer Verteidigung vor Gericht gemacht haben. Es ist aber das erste Mal, daß das Gericht sich dabei einfach auf ein Flugblatt beruft, in dem Äußerungen des Angeklagten wiedergegeben werden.

MÜNSTER

Genosse Heinz Baron, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt wurde und deshalb in Münster in Haft ist, erhielt vor kurzem einen üblichen Drohbrief eines Faschisten. In dem Brief, unterschrieben mit „Rotfront verrecke!", und mit dem Bild Hitlers als Briefkopf, heißt es unter anderem: „Unsere Polizei hätte Dich bei der Festnahme erschießen sollen, natürlich in Notwehr." Außerdem werden weitere Drohungen gegen Genossen Heinz für die Zeit nach seiner Entlassung ausgestoßen. Der Brief ist natürlich anonym. Ähnliche Briefe haben auch andere Genossen, die wegen der Teilnahme am Roten Antikriegstag in Haft waren, bekommen.

KÖLN

In Köln wurde jetzt der der GRF nahestehende Professor Bauer von der Anklage der Beleidigung des Kölner Richter Somoskoey freigesprochen. Bauer hatte in einem Brief an den politischen Gefangenen Baha Targün, den Somoskoey zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt hatte, von einem „Terrorurteil" geschrieben. Somoskoey, der die Post an Baha Targün kontrolliert, hatte dafür gesorgt, daß gegen Bauer Anklage erhoben wurde. Das Gericht sah sich aber sowohl in der ersten, wie auch in der zweiten Instanz gezwungen, den Angeklagten freizusprechen.

ERLANGEN

Anfang August standen elf Genossen des KSV (Studentenverband der GRF) vor Gericht, weil sie in der Mensa der Universität Erlangen einen Büchertisch aufgebaut und die „Rote Fahne" verkauft hatten. Den Genossen war schon vorher in einem Zivilrechtsprozeß der weitere Verkauf der „Roten Fahne" in der Mensa bei Androhung einer halben Million Geldstrafe bzw. einer 6-monatigen Gefängnisstrafe verboten worden. Jetzt wurden sechs von ihnen wegen „Hausfriedensbruch" in diesem Strafprozeß zu insgesamt 8 800 DM verurteilt.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

BOCHUM

Am 12. 8. fand vor dem Jugendschöffengericht in Bochum ein Prozeß gegen zwei Genossinnen statt. Faschisten hatten sie angeklagt, weil sie angeblich an der Beschädigung eines Informationsstandes der „Hilfsgemeinschaft für die Freilassung von Rudolf Heß" beteiligt gewesen sein sollen. Außerdem meinten die Faschisten mit Worten wie „Faschistenschweine" beleidigt worden zu sein.

Im Prozeß stellte sich dann heraus, daß die Kläger – aus der berüchtigten Faschistenfamilie Dau – allein in den letzten fünf Jahren über 40 Verfahren gegen Kommunisten und Antifaschisten angestrengt haben, weil ihnen „immer wieder Stände zerstört und Informationsmaterial zerrissen wird." Außerdem war einer der „Zeugen" (der Vater des Klägers) bereits verurteilt, weil er Kommunisten mit den Worten „rote Sau" und „rote Ratte" beschimpft hatte. Was den Hergang der Sache anging, widersprachen sich die Aussagen aller Zeugen so sehr, daß das Gericht sich gezwungen sah, die beiden Genossinnen freizusprechen.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 2. 9. findet im Kölner Amtsgericht ein Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Flugblattes „Freiheit für die 4 türkischen Patrioten" statt, das im Oktober verteilt worden sein soll.

Amtsgericht Köln, Apellhofplatz, Zi. 4
Beginn: 9.00 Uhr.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

"Rote Fahne" propagiert Erzfeind Stalins

In der „Roten Fahne" Nr. 24/76 wird in dem Artikel zum 40. Todestag Maxim Gorkis als zusammenfassende Würdigung abschließend über eine halbe Seite „der französische Schriftsteller Andre Gide" zitiert. Dementsprechend muß der unbefangene Leser den Eindruck gewinnen, Andre Gide stelle eine mindestens fortschrittliche Kraft auf literarischem Gebiet dar. Das um so mehr, als aus seiner „Trauerrede auf dem Roten Platz" (zum Tode Gorkis) zitiert wird.

Wie steht es in Wirklichkeit damit und mit Andre Gide? Andre Gide machte sich zunächst auf dem bürgerlichen Literaturmarkt dadurch einen „Namen", daß er sozusagen eine „Edelschundliteratur" produzierte. So stellte er in seinem Roman „Der Immoralist" homosexuelle Skandale aus übler rassistischer Sicht dar. In den 30er Jahren wurde es in Frankreich für „Genies" vorrübergehend Mode, sich „links" zu geben. Auch für Andre Gide, der damit unter anderem auch auf eine Reise in die Sowjetunion spekulierte.

Er wurde auch 1936 eingeladen. Andre Gide benutzte den Tod Gorkis dazu, eine pathetische Rede zu halten (eben die, die auch die „Rote Fahne" zitiert.) Aber war das etwa alles, wodurch er hervortrat?

Keineswegs? Kaum war er nach Frankreich zurückgekehrt, so veröffentlichte er nacheinander zwei Bücher über seine Reise („Rückkehr aus der UdSSR", „Nachtrag zur Rückkehr aus der UdSSR"), in denen er einen Frontalangriff gegen die sozialistische Sowjetunion und gegen den Sozialismus insgesamt richtete. Hier nur einige Zitate, damit die Leser der „Roten Fahne" wissen, wer in ihrer Zeitung propagiert wird: „Ich zweifle, ob es heute irgendein Land auf der Welt – einschließlich dem Deutschland Hitlers – gibt, in dem der Geist noch unfreier, noch gekrümmter, noch mehr terrorisiert ist, als in der Sowjetunion." („Nachtrag ...", Paris 1937, S. 22) – „Selber denken bedeutet sofort ‚konterrevolutionär' werden: ab nach Sibirien!" (S. 31) – „Auf der durch die Revolution umgestürzten sozialen Stufenleiter sind jetzt diejenigen am besten angesehen, die am meisten kriechen, die Feigsten, Gekrümmtesten, Niederträchtigsten. Jeder, dessen Stirn noch hoch getragen wird, wird umgebracht oder deportiert (...) und bald wird von diesem heroischen Volk nur noch übrig sein: Henker, Profiteure und Opfer." (S. 34) – „Stalin erträgt nur Lobhudelei; wer nicht Beifall klatscht, ist sofort Feind." (S. 65) Das sind nicht etwa Ausnahmen, das ist der Grundtenor der Schriften.

Woher Gide seine „Argumente" bezog, das gibt er freimütig zu: von der innersowjetischen „Opposition": Während er in Moskau die Totenrede für Gorki hielt, aus der uns die „Rote Fahne" zitiert, traf er gleichzeitig unter Mißbrauch der sowjetischen Gastfreundschaft mit dem führenden Konterrevolutionär Bucharin heimlich zusammen. (S. 72 ff.), auch von Trotzki „lernte er viel" (S. 53).

Es kann natürlich sein, daß die „Rote Fahne" das alles nicht wußte und versehentlich dieses konterrevolutionäre Element propagiert hat. Jedenfalls meine ich, daß dazu eine Stellungnahme in der „Roten Fahne" erscheinen sollte, da sich einem sonst der Eindruck aufdrängen könnte, es bestünde ein Zusammenhang zwischen diesem Lob für einen Erzfeind Stalins und der sozialistischen Sowjetunion und der früher von der GRF verbreiteten These, Stalin habe jeden Widerspruch im Volk als antagonistisch behandelt und daher den Revisionismus durchgesetzt. (Ich habe diesen Brief auch an die Redaktion der „Roten Fahne" gesandt.)

Rot Front, ein Genosse aus Bochum

Unerhörte Zustände im Krankenhaus in Neukölln

Liebe Genossen

Der Druck von Senat, Bezirksämtern und Krankenhausverwaltungen auf die Werktätigen und Patienten am Krankenhaus wird auch in Westberlin immer stärker. An allen Ecken und Enden soll gespart werden.

Im Bereich Neukölln sollen über 40 Betten eingespart werden, nachdem eine obskure „Statistik" ergeben hat, daß die Krankenhäuser nicht voll ausgelastet sind, zu viele Betten leer stehen und daher unrentabel sind. Schließlich kostet ein leerstehendes Bett nach der „Statistik" 58 000 DM im Jahr bei einem Pflegesatz von 160 DM pro Tag. Aber andere Konsequenzen sind noch weitreichender: Weniger Betten, das heißt weniger Schwestern- und Arztstellen.

Wie sieht denn die Wirklichkeit in Neukölln aus?

Die Neurologisch-psychatrische Abteilung hat eine ständige Belegung von weit über 100%.

Regelmäßig müssen die internen Abteilungen im Winter Überbetten aufstellen, Tagesräume sind längst in Patientenzimmer umgewandelt worden.

Um einen Patienten in die Hospitalabteilung (für chronisch Kranke) zu verlegen, muß oft monatelang auf ein freies Bett gewartet werden.

In der chirugischen Rettungsstelle müssen regelmäßig Patienten mit frischen Unfällen in andere Krankenhäuser weitergeschickt werden, zum Teil über 30 km entfernt. Allein in den Monaten April und Mai waren es im Schnitt pro Tag ein Patient. Das waren Arbeitsunfälle, Beckenbrüche, Beinbrüche, Armbrüche und Gehirnerschütterungen. Auch Patienten mit Blinddarmentzündung, die noch am selben Tag operiert werden mußten, mußten hier weitergeschickt werden.

Selbst im Senat ist es bekannt und wird auch offen gesagt, daß in Neukölln die prozentual wenigsten Betten in ganz Westberlin zur Verfügung stehen.

Daher ist dieser Angriff auf die medizinische Versorgung eine besondere Sauerei, gegen die sich die Werktätigen am Krankenhaus gemeinsam zur Wehr setzen müssen.

Rot Front, ein Genosse aus Westberlin

"Wären in der DDR tatsächlich Kommunisten an der Macht..."

Liebe Genossen,

am Samstag, den 14. 8. verteilte ich in Wiesbaden ein Flugblatt der Partei zum Mauerbau vor 15 Jahren. Während ich das Flugblatt verteilte, rief ich: „15 Jahre Schandmauer. Weg mit der Mauer! Flugblatt der KPD/ML!" Auf einmal sprach mich eine ältere Frau an, ob ich ihr ein Flugblatt geben könnte – ihr Ehemann wollte dann auch eines haben. Sie sagten, sie wären aus der DDR zu Besuch hier und sie würden sich freuen, daß es hier im Westen Kommunisten gäbe, die gegen die Mauer sind. Schließlich meinten sie, wären in der DDR tatsächlich Kommunisten an der Macht, d. h. würde dort die Diktatur des Proletariats herrschen, dann gäbe es weder Mauerbau noch Stacheldraht und Schießbefehl. Ich berichtete ihnen, daß es seit der Jahreswende auch eine Sektion unserer Partei in der DDR gibt, die auf Grund des faschistischen Terrors von Honecker und Konsorten zur zutiefst illegalen Arbeit gezwungen ist.

Ich schenkte ihnen einen „Roten Morgen", sie nahmen ihn dankend entgegen und wünschten mir und der KPD/ML viel Erfolg beim Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Rot Front, ein Rotgardist aus Mainz

Münchner Polizei durchwühlt Gepäck

Liebe Genossen,

die Münchner Polizei erlaubt sich zur Zeit wieder einmal eine neue Unverschämtheit: Als ich vor einigen Tagen in München war, stellte ich fest, daß dort die Gepäckschließfächer auf polizeiliche Anordnung außer Betrieb sind. Da ich mein Gepäck nicht mit mir herumtragen wollte, fuhr ich zum Hauptbahnhof. Dort fand ich den Hinweis „Handgepäckaufbewahrung" und darunter: „Die Gepäckaufbewahrung unterliegt zur Zeit auf Grund polizeilicher Anordnung gewissen Beschränkungen." Diese „Beschränkungen" äußern sich darin, daß man sein Gepäck von mehreren Polizisten durchwühlen lassen muß ...

Rot Front, ein Genosse

VR Albanien: Direktivenentwurf für den 6. Fünfjahrplan

Stürmische Entwicklung auf allen Gebieten

Überall in der Volksrepublik Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa, diskutieren jetzt die Werktätigen in den Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften über den neuen 6. Fünfjahresplan für die Jahre 1976 bis 1980. Der Direktivenentwurf dieses Fünfjahresplans wurde von der albanischen Presse am 25. Juli veröffentlicht. Der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens (PAA), der zum 1. November dieses Jahres einberufen wurde, wird ihn dann endgültig beschließen. Der 6. Fünfjahresplan wird Albanien zu neuen großen Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus und der Hebung des allgemeinen Wohlstands des Volkes führen.

„Aber die Wirtschaft eines Landes kann man überhaupt nicht planen", behaupten die bezahlten Professoren und Schreiberlinge der Kapitalistenklasse. Ihnen zufolge führt der Sozialismus, die sozialistische Planwirtschaft angeblich unweigerlich zum Fiasko, dazu, daß es den Werktätigen schlechter und nicht besser geht. Sie zeigen dabei mit Vorliebe auf die revisionistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze, um ihre Behauptungen plausibler zu machen. Aber dort existieren der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats schon längst nicht mehr. Dort wie hier werden die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen von einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter ausgebeutet und ausgeplündert. Dort wie hier gilt als oberstes Prinzip der Produktion die Jagd der Kapitalisten nach den höchsten Profiten. In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern sinkt das Lebensniveau der Werktätigen durch die Wirtschaftskrise, es herrschen Arbeitslosigkeit, laufende Preissteigerungen und Inflation. Weder in der Sowjetunion noch in den anderen revisionistischen Ländern konnten die Pläne erfüllt werden. In den kapitalistischen Ländern im Westen und Osten ist die Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Planes, der sich an den Bedürfnissen der Werktätigen orientiert, völlig unmöglich, denn hier herrschen die Dschungelgesetze des Kapitalismus: der Kampf der einzelnen Kapitalistengruppen gegeneinander, um möglichst hohe Profite zu erzielen, Anarchie der Produktion.

Deshalb sind die Erfolge des sozialistischen Albanien ein Schlag ins Gesicht für die Imperialisten und Revisionisten. In der Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeuterklassen und keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Geführt von ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der PAA, übt die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den übrigen Werktätigen selbst die Macht aus und baut den Sozialismus auf. Deshalb gibt es in der VR Albanien weder Arbeitslosigkeit noch Preissteigerungen, sondern hebt sich der Wohlstand der breiten Volksmassen im Gegenteil beständig. Die Diktatur des Proletariats und die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schaffen die Möglichkeit, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung entsprechend den Bedürfnissen des Volkes bewußt zu planen.

Große Aufgaben

Mit dem neuen Fünfjahresplan hat sich das albanische Volk große Aufgaben gestellt, um die bisherigen Erfolge noch zu übertreffen. Um nur die wichtigsten Kennziffern zu nennen:

Die industrielle Gesamtproduktion, die von 1970 bis 1975 um 52% gestiegen ist, soll bis 1980 um weitere 41 bis 44% steigen. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion, die in den letzten fünf Jahren um 33% gestiegen ist, wird bis 1980 um 37 bis 40 weitere Prozent gestiegen sein. Schon in diesem Jahr wird die VR Albanien ihren Bedarf an Brotgetreide aus eigenen Kräften erfüllen können und von Einfuhren unabhängig sein. Bis 1980 wird sich das Nationaleinkommen um 38 bis 40% und das Realeinkommen der Bevölkerung um 11 bis 14% steigern. Diese Ziele werden auf der Grundlage der konsequenten Entwicklung des Klassenkampfes und der Mobilisierung aller Kräfte und Energien des Volkes unter Führung der Partei erreicht.

Im 6. Fünfjahresplan soll die Industrie schneller entwickelt werden, indem, wie bisher auch schon, der Produktion von Produktionsmitteln Vorrang eingeräumt wird, um die Wirtschaft Albaniens auf eine feste und solide Grundlage zu stellen. So soll sich die Stahlproduktion gegenüber 1975 um 4,3 mal erhöhen. Großer Wert wird auch auf die Entwicklung der Erdöl- und Naturgasförderung, des Bergbaus, der Kupferproduktion und -verarbeitung gelegt. Bis zum Jahre 1980 sollen 95% aller benötigten Ersatzteile im Land selbst produziert werden.

Auf die eigenen Kräfte stützen ...

Bei der Ausarbeitung des Plans und seiner Realisierung folgt die Partei der Arbeit Albaniens konsequent dem revolutionären Prinzip des Stützens auf die eigenen Kräfte. Die Imperialisten und Revisionisten beschimpfen das sozialistische Albanien, weil es sich angeblich „isoliere". Aber diese Propaganda und die „Hilfen" und „Anleihen", die die Imperialisten von Zeit zu Zeit anbieten, verfolgen nur einen Zweck: die Wirtschaft Albaniens zu versklaven, jede Tätigkeit des Landes zu kontrollieren und die Diktatur des Proletariats zu unterhöhlen. Genau die gleichen Ziele verfolgen die revisionistischen Länder mit ihren „Hilfsangeboten". Das sozialistische Albanien hat solche Kredite und „Hilfen" niemals angenommen und wird sie auch in Zukunft niemals annehmen. Das wird auch in dem Artikel 26 des Verfassungsentwurfs der Sozialistischen Volksrepublik Albanien unterstrichen, in dem es heißt: *„In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen kapitalistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten."* Das heißt aber noch lange nicht, daß sich die albanische Wirtschaft nach außen abkapselt und eine wahrhaft internationalistische Hilfe von außen verneint. Im Gegenteil: Es schließt diese Hilfen ein. Eine solche Hilfe ist z.B. die der VR China an Albanien. Ebenso unterhält das sozialistische Albanien Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit einer Vielzahl von Ländern auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens, der Gleichberechtigung und der Achtung der gegenseitigen Souveränität. Die Selbständigkeit der Volkswirtschaft auf eine höhere Stufe zu heben, ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die der neue Fünfjahresplan stellt.

Die Massen beteiligen sich ...

Der Fünfjahresplan ist ein zentraler Staatsplan, der für alle Teile des Landes und alle Bereiche der Wirtschaft gültig ist. Aber dieser Plan ist nicht das Ergebnis der Arbeit einiger „Spezialisten", sondern an seiner Ausarbeitung beteiligen sich im Laufe eines halben Jahres alle Werktätigen.

Ein Beispiel dafür ist das elektromechanische Werk von Tirana. Unter der Führung der Partei wurden sowohl für das ganze Werk wie auch für jede einzelne Abteilung Planungsgruppen eingerichtet, die die Arbeit zur Ausarbeitung des Planentwurfs leiten und organisieren. *„Die Kennziffern dieses Planentwurfs"*, erklärt der Leiter der Planungskommission, *„wurden in allen Brigaden, Bereichen und Abteilungen erörtert, nachdem die im vergangenen Fünfjahresplan und im ersten Vierteljahr dieses Jahres erzielten Ergebnisse gründlich analysiert worden waren. ... Die Mitglieder der Planungsgruppen in den Abteilungen notierten alle Vorschläge und trugen sie auf der Betriebsversammlung des Werkes vor. Auf der erweiterten Werksversammlung über die Diskussion und Aufstellung des Planentwurfs übernahmen die Arbeiter konkrete Verpflichtungen für sich, die Abteilung und das Werk."*

Über die Motive, die die Arbeiter dazu anspornen, an der Ausarbeitung des Planentwurfs teilzunehmen, sagte eine Arbeiterin: *„In unserem sozialistischen Vaterland führen diejenigen, die die materiellen Güter erzeugen, nicht nur die Produktionspläne aus, sondern stellen sie auch auf, und das ist der Fall, weil wir selbst Herren der Produktion sind. Bei uns gibt es keine Ausbeuterklassen, keine Bourgeoisie, wie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Ist das nicht eine Quelle des Ansporns? Wir sind uns bewußt, daß wir, indem wir die gesellschaftliche Produktion ständig steigern und die Volkswirtschaft stärken, unseren materiellen Wohlstand erhöhen."*

Die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben des 6. Fünfjahrplanes wird durch die Entwicklung des Klassenkampfes gegen alle Feinde und fremden liberalen und bürokratischen Erscheinungen erreicht werden. Schon jetzt, während der Diskussion über den Direktivenentwurf haben sich die Werktätigen vieler Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verpflichtet, die staatlichen Kennziffern zu überbieten und haben sie sogar in vielen Bereichen bereits überboten. Das albanische Volk weiß sehr gut, daß allein der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats ihm eine glückliche Zukunft und die Verwirklichung seiner hohen Ziele garantieren. Deshalb heißt es in dem vom 9. Plenum des Zentralkomitees der PAA verabschiedeten Beschluß: *„Von den großen Aussichten angespornt, die sich dem Land mit dem 6. Fünfjahresplan eröffnen, wird unser wunderbares Volk in stählerner Einheit, geführt von unserer heroischen Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, wie immer alle seine Kräfte und Energien mobilisieren und ehrenvoll alle ihm gestellten Aufgaben erfüllen. Die sichere Garantie für die Gegenwart und Zukunft ist die Führung der Partei, ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie, unsere sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der revolutionäre Schwung, sind die Arbeit und Entschlossenheit unserer werktätigen Massen."*

Warum ruft die KPD/ML bei der Bundestagswahl zum Wahlboykott auf?

Bei der kommenden Bundestagswahl wird die KPD/ML keine Kandidaten zur Wahl aufstellen. Sie ruft die Arbeiterklasse in Westdeutschland und alle Werktätigen auf: Erteilt der Bourgeoisie und ihren Parteien mit ihrem Wahlschwindel eine Abfuhr, boykottiert die Wahl! Die Partei wird in diesen Wahlkampf eingreifen, indem sie schonungslos den Charakter der Bonner Schwatzbude als ein Instrument zur Unterdrückung und zur Täuschung der werktätigen Massen entlarvt, indem sie das zu Wahlzeiten gesteigerte politische Interesse zum Anlaß nimmt, die Notwendigkeit und den Nutzen der proletarischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Ost und West, den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu propagieren.

Zur Wahl stehen am 3. Oktober zum einem die großen bürgerlichen Parteien CDU, SPD und FDP – Parteien des Monopolkapitals, die eine, wie die andere. Dann ist da die D„K"P. Sie, die sich „kommunistisch" nennt, ist in Wirklichkeit eine Partei der Konterrevolution, eine Partei im Dienst der Bourgeoisie, die lediglich zur Täuschung der Werktätigen sozialistische Phrasen im Munde führt. Jede Stimme für diese Parteien, ist eine Stimme für das Monopolkapital. Ihnen steht die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML, die im konsequenten Kampf gegen den revisionistischen Verrat der alten KPD-Führung gegründet worden ist und den Kampf für die sozialistische Revolution führt, unversöhnlich gegenüber. Doch sie steht nicht zur Wahl. Warum nicht?

Wie stehen wir Kommunisten zu den bürgerlichen Parlamentswahlen?

Lenin schrieb: **„Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament (das in der bürgerlichen Demokratie nie über die wichtigsten Fragen entscheidet: diese Fragen werden von der Börse, von den Banken entschieden) ist den werktätigen Massen durch tausenderlei Hindernisse versperrt und die Arbeiter wissen und empfinden, sehen und fühlen ausgezeichnet, daß das bürgerliche Parlament eine ihnen fremde Einrichtung ist, ein Werkzeug zur Unterdrückung der Proletarier durch die Bourgeoisie, eine Einrichtung der feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit."**

Bedeutet das jedoch, daß die kommunistische Partei sich niemals an Parlamentswahlen beteiligt? Keineswegs. **Das Entscheidende für die kommunistische Partei, ob sie bei der Wahl Kandidaten aufstellt oder nicht, ist, daß sie den Parlamentarismus entlarvt, den Massen zeigt, daß das bürgerliche Parlament, wie Lenin feststellte, eine betrügerische, verlogene, korrupte Schwatzbude ist,** die mit revolutionärer Gewalt in der **sozialistischen Revolution auseinandergejagt** werden muß. Ob sie dies tut, indem sie sich mit Kandidaten an der Wahl beteiligt, oder indem sie ohne direkte Kandidatur in den Wahlkampf eingreift, ist dabei eine taktische Frage, die konkret gelöst werden muß. Auch unsere Partei hat sich bereits an den Landestagswahlen in Hamburg und in NRW beteiligt.

Warum beteiligt sich unsere Partei nicht an der Bundestagswahl?

Wie bereits berichtet (siehe RM 9/76) hatte die KPD/ML ihre Beteiligung an der Bundestagswahl mit der Aufstellung eigener, roter Kandidaten davon abhängig gemacht, daß sich eine Aktionseinheit, ein revolutionäres Wahlbündnis mit den wichtigsten revolutionären Organisationen, der GRF (KPD), dem KBW und dem KABD, zustandekäme. Für ein solches Wahlbündnis mit diesen revolutionären Organisationen – wenngleich sie eine opportunistische Linie verfolgen – ist die Partei hauptsächlich aus folgenden Gründen eingetreten, wie es im „Roten Morgen" 9/76 heißt: **„Erstens, weil ein solcher Kampf und die notwendig mit ihm verbundene ideologische Auseinandersetzung über die Grundfragen des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution in Deutschland sicherlich Fortschritte im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten bringen kann. Zweitens, wäre das Zustandekommen des Wahlbündnisses ein schwerer Schlag gegen den modernen Revisionismus gewesen. In vielen Wahlkreisen wären die vereinigten revolutionären Kräfte stark genug gewesen, die D„K"P-Revisionisten zu schlagen."** Das Bemühen um ein rotes Wahlbündnis scheiterte am Spaltertum insbesondere des KBW und des KABD. Während letzterer einen gemeinsamen Kampf bei den Bundestagswahlen ablehnte, weil er für den ökonomischen Kampf der Arbeiter in den Betrieben nur hinderlich sei, war für den KBW die Teilnahme an den vorbereitenden Verhandlungen nur ein taktisches Manöver, um dem Vorwurf des Spaltertums zuvorzukommen. Die – tatsächlich vorhandenen – erheblichen sozialchauvinistischen Tendenzen der GRF zum Vorwand nehmend, erklärten die KBW-Vertreter die Verhandlungen für gescheitert, ohne den geringsten Versuch der Klärung der aufgeworfenen Fragen vorzunehmen.

Da das Wahlbündnis gescheitert war, beschloß unsere Partei, sich nicht an der Bundestagswahl zu beteiligen. Eine gemeinsame Kandidatur mit der GRF allein hätte ein falsches (von der GRF jedoch erwünschtes) Bild entstehen lassen: Die Partei und die GRF als Block auf der einen Seite, der KBW auf der anderen Seite. Die tatsächlichen Fronten wären so gegenüber den Massen verwischt worden, denn zwischen KBW und GRF besteht durchaus kein prinzipieller Unterschied. Schließlich ist die Frage, ob man sich an der Bundestagswahl beteiligt oder nicht, auch eine Frage des Parteiaufbaus. Es ist bekannt, daß die Bourgeoisie selbst der Kandidatur der Kommunisten noch alle erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg legt. So sind zur Bundestagswahl pro Landesliste 2 000 Unterschriften vorzuweisen, dazu abermals für jeden Direktkandidaten 200. Zudem muß außer den Kandidaten ein Vielfaches ihrer Zahl an Funktionären, Teilnehmer der verschiednen erforderlichen Delegiertenversammlungen usw. der Bourgeoisie offengelegt werden. Letzteres würde, nachdem das Wahlbündnis nicht zustandegekommen ist, für die Beteiligung der Partei bedeuten, daß sie in breitem Maße ihre Mitglieder der Bourgeoisie preisgeben müßte. Selbst eine gemeinsame Beteiligung mit der GRF hätte, wäre sie zustandegekommen, daran im wesentlichen nichts geändert.

Deshalb nimmt die Partei nicht an der Wahl mit der Aufstellung von Kandidaten teil, sondern ruft zum Wahlboykott auf.

Der Legalismus der GRF (KPD)

Die GRF greift uns wegen des Aufrufs zum Wahlboykott an (siehe „Rote Fahne" 19/76). Genosse Heuler vom ZK der GRF bezeichnete uns auf einer Versammlung in Bochum deswegen sogar als „Sektierer". Die Beteiligung an der Bundestagswahl sei eine unbedingte Pflicht, sagen sie. Und sie wollen sich dabei sogar noch auf Lenin berufen, der in seiner Schrift „Der ‚Linke Radikalismus', ..." feststellte: **„..., daß die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des Proletariats unbedingte Pflicht ist, gerade, um die unentwickelte, geduckte, unwissende Masse auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären."** Wogegen richtete sich aber Lenin in seiner Schrift? Er richtete sich dagegen, daß gewisse „linke" Kommunisten die Entlarvung des Parlamentarismus „links" liegen lassen wollten, daß sie den Parlamentarismus politisch bereits für erledigt hielten. Und er zeigte dagegen, daß die Kommunisten jegliche Möglichkeit nutzen müssen, um den Parlamentarismus zu entlarven und die Illusionen über ihn unter den Massen bekämpfen müssen. Dies auch durch die Beteiligung an den Wahlen, wie von der Tribüne des Parlamentes aus.

Was aber bedeutet das für die Situation in Westdeutschland, für die Beteiligung an der Bundestagswahl. Was die GRF unterschlägt: Lenin selbst gibt sehr genau an, auf welche Periode der sozialistischen Revolution und des Parteiaufbaus sich seine Ausführungen beziehen: **„Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen. Das ist die Hauptaufgabe. Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun."** Ist das vielleicht die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden? Keineswegs. Vielmehr steht uns als gegenwärtige Hauptaufgabe gerade bevor, die proletarische Avantgarde ideologisch zu gewinnen. (Oder will die GRF ihre alte, völlig entlarvte Lüge wieder auftischen, sie führe bereits die Millionenmassen?) Und weiter: Die Bourgeoisie hat aus der Vergangenheit gelernt. Ihre 5-%-Klausel verhindert, daß die Kommunisten, solange ihre Partei noch schwach ist, ins Parlament gelangt. Und sie wird nicht im geringsten zögern, die Partei zu verbieten, bevor sie wieder zu einer Massenpartei geworden ist. Das aber verschweigt die GRF, ja sie weist nicht einmal darauf hin, daß sie keineswegs nach dem 3. Oktober im Bundestag sitzen wird. Eben das heißt, Lenins Forderung, gegen die parlamentarischen Illusionen zu kämpfen, zu mißachten. Mehr noch: Eine Beteiligung an der Bundestagswahl würde, nachdem das Wahlbündnis gescheitert ist, breite Teile der Partei dem Zugriff der Bourgeoisie preisgeben und damit der gegenwärtigen Hauptaufgabe, die Partei aufzubauen und die Avantgarde des Proletariats zu gewinnen, nicht dienen, sondern sie unmöglich machen, die Partei in die Falle der Legalität, die die Bourgeoisie ausgelegt hat, direkt hineinführen. – Eben dazu aber ruft die GRF – unter Berufung aus Lenin! – auf. Das heißt, Lenin aufs übelste zu verfälschen, heißt, den eigenen Legalismus der GRF, ihre parlamentarischen Illusionen, die sie verbreitet, mit Lenins Kampf gegen den Parlamentarismus rechtfertigen zu wollen.

Wenn die GRF durch ihre Teilnahme an der Bundestagswahl trotz aller Warnungen unsererseits (siehe z. B. RM 9/75: „GRF-Führer auf dem Weg zum Wahlverein") ihre Organisation der Bourgeoisie preisgibt, so ist das schlimm genug. Doch kann das für die KPD/ML kein Grund sein, diesen opportunistischen Kurs mit der GRF gemeinsam zu gehen. Unsere Pflicht als kommunistische Partei gegenüber der Arbeiterklasse ist es vielmehr, die Partei aufzubauen und zu stärken im Kampf auch gegen solche legalistischen Tendenzen, wie sie bei der GRF seit jeher bestanden haben.

Warum nicht GRF (KPD) oder KBW wählen?

Nun mag jemand sagen – egal, GRF und KBW stehen nun einmal zur Wahl. Ist es da nicht dann trotzdem richtig, ihnen am 3. Oktober eine Stimme zu geben? Gewiß sind GRF und KBW keine bürgerlichen, keine revisionistischen Parteien. Doch sie sind ebensowenig der „Ansatz einer kommunistischen Partei" oder gar die Kommunistische Partei selbst, wie sie behaupten. Beide sind Organisationen, die auf einer opportunistischen Grundlage gegen die bestehende Kommunistische Partei, die KPD/ML, gegründet worden sind. Dennoch suchen beide, vor allem die Gruppe Rote Fahne (KPD), sich als kommunistische Partei während der Wahl zu „profilieren". Dies schafft schädliche Verwirrung unter den Werktätigen, vertieft die Spalterei. Und es wäre falsch, dies auch noch zu unterstützen. Eine Wahlunterstützung der GRF oder des KBW wäre zugleich aber auch eine Unterstützung der opportunistischen Linie beider Organisationen, eine Unterstützung ihrer Wahlprogramme, die keinen entschiedenen Trennungsstrich zum modernen Revisionismus ziehen und beide die Entlarvung des Parlamentarismus, die Erziehung und Vorbereitung der werktätigen Massen auf die gewaltsame proletarische Revolution weitgehend unter den Tisch fallen lassen.

So hatte zwar die „Rote Fahne" uns, die KPD/ML, noch in einem Brief aufgefordert: **„Setzen wir gemeinsam dem konterrevolutionären Wahlrummel der bürgerlichen und revisionistischen Parteien die Propaganda für den revolutionären Sturz dieses verfaulten imperialistischen Systems entgegen, für die Errichtung der proletarischen Diktatur in ganz Deutschland, für ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Deutschland!"** Doch in ihrer eigenen Wahlpropaganda, die die GRF (KPD) seitdem entfaltete, wurde herzlich wenig von diesem großen Vorsatz berücksichtigt. Im ersten zentralen Wahlaufruf der GRF(KPD) zur Bundestagswahl wird, abgesehen von einer kurzen Nebenbemerkung im Vorspann, kein einziges Wort über die Notwendigkeit des „Sturzes dieses verfaulten imperialistischen Systems" verloren. Und die GRF (KPD) beteiligt sich auch nicht an den Wahlen zum Bundestag, um, wie Lenin es forderte, diese Beteiligung zur Entlarvung des Parlamentarismus, zur Propagierung der Revolution zu nützen.

Die „Rote Fahne" schreibt: **„Die KPD wird die Bundestagswahl dazu nutzen, um gegen die drohenden Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus, gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, die aus dem Ringen der Supermächte erwächst, und für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mobilisieren. Wir greifen die Bourgeoisie und ihre SPD/FDP-Regierung an ..."** – nicht etwa, weil sie die Ausbeuterklasse ist, die das Proletariat in der sozialistischen Revolution stürzen muß, sondern, **„... weil sie den beiden Supermächten Vorschub leistet, weil sie den Kampf der Völker der Dritten Welt, weil sie die Bestrebungen der Völker und Staaten Europas für Unabhängigkeit und Einheit sabotiert. Wir greifen die Regierung an, weil sie die Reste der demokratischen Rechte liquidiert, weil sie zur massiven politischen Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte übergegangen ist."** Ist das alles? Das ist wirklich alles. Nicht etwa die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist reaktionär und imperialistisch, sondern lediglich der **„gegenwärtige außenpolitische Kurs der Schmidt-Genscher-Regierung"** und ihr **„innenpolitischer Kurs"** ist es, wenn man das System der imperialistischen Ausbeuterordnung reduziert auf den „gegenwärtigen" politischen Kurs einer Regierung, dann liegt es nahe, die proletarischen Massen nicht etwa auf die Revolution **vorzubereiten,** sondern sie in eine reformistische und pazifistische Sackgasse zu leiten, „denn", schrieb Lenin gegen Kautsky, **„ein ‚Kampf' gegen die Politik der Trusts und Banken, der die ökonomischen Grundlagen der Trusts und Banken unangetastet läßt, läuft auf bürgerlichen Reformismus und Pazifismus hinaus, auf harmlose und fromme Wünsche. Sich über die bestehenden Widersprüche hinwegzusetzen, die wichtigsten von ihnen zu vergessen, anstatt die Widersprüche in ihrer ganzen Tiefe aufzudecken – das ist Kautskys Theorie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat."**

Folgerichtig hat die GRF(KPD) in der Entwicklung ihres Wahlkampfes den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus nahezu eingestellt. Zusammenfassend heißt es in ihrem ersten zentralen Wahlaufruf: **„Wer für den Frieden ist, muß gegen die Supermächte kämpfen, vor allem gegen den russischen Sozialimperialismus. Wer die demokratischen Rechte erhalten (!) möchte, muß auch gegen Fremdherrschaft und Hegemoniepläne kämpfen ..."** Weiter nichts. Entsprechend sind die zentralen Losungen und Forderungen, unter denen die GRF (KPD) zur Wahl mobilisiert. **„Schluß mit der supermachtshörigen Politik der FDP-Regierung! Schluß mit der Unterstützung faschistischer Regime! Für freundschaftliche Beziehungen zu den Staaten und Völkern der Dritten Welt." (RF 32/76)**

Die Führung der Wahlkampagne bisher macht deutlich, wieweit die GRF den Kampf für die sozialistische Revolution dem Kampf für den Frieden, gegen die Supermächte usw. unterordnet, hintanstellt, und damit entstellt hat. Sie am 3. Oktober zu wählen, oder zu ihrer Wahl aufzurufen, hieße ein opportunistisches Programm zu unterstützen, was der leninistischen Politik und Taktik in der Frage der Wahlbeteiligung an bürgerlichen Parlamenten direkt zuwiderläuft.

Keine Stimme für GRF (KPD) oder KBW!

Mit dem KBW verhält es sich nicht anders. Er hat während der Gespräche über ein Bündnis zur Wahl besonders deutlich gezeigt, daß es in der Tat der Einfluß des modernen Revisionismus ist, der für die Zersplitterung bestimmter Teile der revolutionären Bewegung verantwortlich ist. Wenn die Herstellung einer prinzipienfesten, revolutionären Aktionseinheit mit dem KBW bislang in der Regel scheiterte, so lag das jedesmal daran, daß den Genossen der KBW-Führung die Aktionseinheit mit den konterrevolutionären, sozialfaschistischen Kräften der D„K"P, aber auch den verbrecherischen Agenten der trotzkistischen „IV. Internationale" mehr am Herzen lag. Die KBW-Führung warf unserer Partei „Sektierertum" vor, weil sie es prinzipiell ablehnt, Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten einzugehen. **„Zwei völlig entgegengesetzte Linien in der Politik der Aktionseinheit"** nannte die „Kommunistische Volkszeitung" des KBW dies in einem Artikel. Das ist vollkommen richtig. Genosse Enver Hoxha erklärte: **„Nach Meinung unserer Partei steht heute auf der Tagesordnung als großes aktuelles Problem nicht die Versöhnung und Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung, die endgültige Trennung von ihnen."**

Das Spaltertum des KBW bei der Bundestagswahl zeigt eindeutig, wie das Streben nach Bündnissen mit dem modernen Revisionismus schließlich dazu führt, zu verhindern, daß diesem auf einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Basis ernste Schläge versetzt werden. Der marxistisch-leninistische, entschiedene Bruch mit dem modernen Revisionismus oder Versöhnung und Aktionseinheit mit ihm sind allerdings zwei „völlig entgegengesetzte Linien"!

Die Bestrebungen in der KBW-Führung nach Aussöhnung mit dem modernen Revisionismus sind nicht auf die Aktionseinheit mit ihm beschränkt. So ist in ihrem ganzen Aufruf zur Bundestagswahl mit keinem Wort die D„K"P als revisionistisch, als konterrevolutionäre Kraft gebrandmarkt und entlarvt – und dies, wo es gerade darauf ankommt, die Bundestagswahlen, bei denen die D„K"P-Revisionisten breit aufzutreten suchen, dazu zu nutzen, ihren Einfluß unter der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Nicht anders ist dies mit dem konterrevolutionären sozialfaschistischen Regime der SED-Revisionisten in Ostberlin. Auch dazu wird im Wahlaufruf des KBW kein Wort verloren. Und wenn in der „KVZ" bisweilen ein Artikel gegen das sozialfaschistische Regime zu lesen ist, so dient auch dies nur als schwache Legitimation dafür, daß man den Kampf dagegen führe. Tatsächlich aber lehnt der KBW den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland ab. Für ihn gibt es zwei Staaten, von denen der eine „Ausland" ist, mit einer ausländischen Bourgeoisie, mit einer ausländischen Arbeiterklasse, die uns in ihrem Kampf so nahe steht, wie etwa die französische, englische oder amerikanische Arbeiterklasse. Er leugnet den gemeinsamen Kampf der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Ja, er verurteilt diesen Kampf sogar. Damit erweist der KBW dem sozialfaschistischen Regime in der DDR, wie auch den D„K"P-Revisionisten in Westdeutschland einen nicht geringen Dienst, betreibt – ob er das nun bewußt will, oder nicht, die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, die Spaltung des deutschen Volkes.

Wie aber ist es mit der Haltung des KBW zum westdeutschen Imperialismus und zur proletarischen Revolution? Im ersten Teil seines Wahlaufrufs wird weitgehend korrekt der westdeutsche Imperialismus angegriffen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution in Westdeutschland nachgewiesen. Was den KBW angelangt, ist das gegenüber bisherigen Stellungnahmen ein begrüßenswerter Fortschritt. Doch das Ganze wird im zweiten Teil vollkommen zuschanden gemacht, wenn es darum geht, die Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse zu ziehen. Dort nämlich heißt es: **„Die bürgerliche Klasse ordnet die Demokratie ihrer Ausbeuterordnung unter. Die Arbeiterklasse entfaltet den Kampf um Demokratie, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Ausbeuterordnung zu beseitigen. Sie ordnet die Demokratie dem Sozialismus unter."** Zunächst einmal wird auf diese Weise der Klassencharakter der Demokratie verwischt, wird sie zur „Demokratie an sich" gemacht, von der Lenin sagte: **„‚Reine Demokratie', das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst."** Doch von der Ablösung" der verlogenen, heuchlerischen bürgerlichen Demokratie durch die proletarische in der gewaltsamen sozialistischen Revolution ist beim KBW nicht die Rede. Mit „Entfaltung des Kampfes um Demokratie" meint der KBW die „uneingeschränkten Kampfrechte gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat", also eine „uneingeschränkte" bürgerliche Demokratie. Die Leugnung des Klassencharakters der Demokratie führt unweigerlich dazu, daß der demokratische Kampf vom Kampf für die proletarische Revolution losgelöst wird, führt dazu, daß Forderungen nach bürgerlich-demokratischen Rechten der Arbeiterklasse – wie z.B. der Kampf gegen den § 218 – und Prinzipien der proletarischen Diktatur (Volksbewaffnung, Wahl der Richter und Offiziere usw.) vermischt werden, mit dem Ergebnis, bürgerlichen Reformismus zu propagieren und in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Politisch ist dies nichts anderes als ein Zugeständnis an den modernen Revisionismus, der in aller Offenheit das Märchen verbreitet, daß der Kampf für bürgerliche Demokratie zum Sturz der Kapitalistenklasse und ihrer Ausbeuterordnung führt.

Boykottiert die Wahl! Stimmt ungültig!

Zum Abschluß seines Wahlaufrufes schreibt das Zentrale Komitee des KBW: **„Um den Klassenkampf zu führen, braucht die Arbeiterklasse eine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse herausfindet ..."** Das ZK des KBW hat sie offenbar noch nicht „herausgefunden". Doch das Klasseninteresse des Proletariats ist bekannt, und es gibt in ganz Deutschland nur eine Partei, die sie vertritt: die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Sie ist auch die einzige Partei, die den Bundestagswahlkampf konsequent dazu nutzt, dieses Interesse zu propagieren: den revolutionären Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in ganz Deutschland, die Vertreibung der beiden Supermächte und die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Für dieses Programm ruft die KPD/ML alle Marxisten-Leninisten und Revolutionäre, sowie die ganze Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf: Erteilt der Bourgeoisie und ihren Parteien samt ihrem Wahlschwindel wie auch den opportunistischen Programmen von KBW und GRF eine Abfuhr.

Aus aller Welt

"Frauen für den Frieden" - Unter dem Banner der Reaktion

Einen Demonstrationszug von Frauen in Belfast, der von Reaktionären veranstaltet wurde, nahm die bürgerliche Presse bei uns zum Anlaß, um erneut gegen den gerechten Kampf der nordirischen Patrioten, die mit der Waffe in der Hand gegen die britischen Besatzer kämpfen, zu hetzen. Die Demonstration, die unter der demagogischen Losung „Mütter für den Frieden" durchgeführt wurde, hatten die Reaktionäre veranstaltet, um den Eindruck zu erwecken, die Bevölkerung Nordirlands sei gegen den revolutionären Kampf der Patrioten. Aus allen Teilen des Landes waren zu diesem Zweck Demonstranten zusammengeholt worden. Selbst aus der Hauptstadt der Republik Irland waren Demonstranten in Bussen angekarrt worden, wie die Zeitung „Die Welt" zugeben mußte. Daß diese Demonstration keineswegs die Ansicht der werktätigen Bevölkerung Belfasts wiedergab, zeigte sich im Verlauf der Demonstration. Als sich die Demonstration der Falls Road z. B. näherte, „hatten sich die Einwohner zu einer Gegendemonstration versammelt", wie die „Frankfurter Rundschau" berichtet. Die britischen Imperialisten, die die „Frauen-Demonstration" lauthals gelobt hatten, ließen schwerbewaffnete britische Soldaten auf beiden Seiten des Zuges marschieren, um die Demonstration der Reaktionäre gegen die Bevölkerung zu schützen.

Wie verlogen und heuchlerisch dieser Versuch der britischen Imperialisten und der nordirischen Reaktionäre war, den gerechten Kampf der nordirischen Patrioten gegen die britische Besatzung und den blutigen Besatzerterror für die Opfer verantwortlich zu machen, bewiesen die britischen Imperialisten selbst auf blutige Weise: Zu gleicher Stunde, als die Demonstration stattfand, wurde im Süden des Landes auf offener Straße das 12jährige Mädchen Majella O'Hare von einer Gewehrkugel britischer Besatzersoldaten tödlich getroffen und verblutete.

Wer außer den Reaktionären in Nordirland noch gemeinsame Sache mit den britischen Imperialisten gegen die Bevölkerung in Nordirland macht, berichtete die Zeitung der D„K"P-Revisionisten, „UZ". Sie selbst hat seit jeher gegen den gerechten Befreiungskampf der Bevölkerung Nordirlands gegen die britischen Besatzer gehetzt und den bewaffneten Kampf, der allein den britischen Imperialismus verjagen kann, verteufelt. Sie berichtet im Zusammenhang mit der reaktionären Demonstration, die sie lobend hervorhebt, daß ihre irischen Revisionistenbrüder die „Terrorakte" der nordirischen Patrioten „verurteilt und zu einheitlichen Aktionen aller demokratischen Kräfte aufgerufen" habe.

ALBANIEN

Zu einem Freundschaftsbesuch weilte in der ersten Augusthälfte eine Delegation des Frauenvereins des Demokratischen Kampuchea in der Volksrepublik Albanien. Die Delegation wurde geführt von Frau Leng Sei, Mitglied der Versammlung der Volksvertreter des Demokratischen Kampuchea und Mitglied des Komitees des Frauenvereins des Demokratischen Kampuchea in Pnom Penh. Die Delegation wurde in Albanien von der Präsidentin des Generalrats des albanischen Frauenverbandes, Vito Kapo, dem Mitglied des ZK der PAA und Mitglied des Generalrats des albanischen Frauenverbandes, Fiqret Shehu, und anderen herzlich empfangen. Am 12. August empfing der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Albanien, Mehmet Shehu, die Delegation. Am 13. August organisierte der Vorstand des Rats des albanischen Frauenverbandes im Bezirk Tirana in einem der Säle des Kulturpalastes in Tirana eine Kundgebung mit den Gästen aus Kampuchea. An der Kundgebung beteiligten sich Werktätige der Arbeits- und Produktionszentren und verschiedener Institutionen.

BOLIVIEN

Trotz des brutalen Terrors der Diktatur setzt in Bolivien die Arbeiterklasse ihren Kampf um ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte weiterhin fort. An der Spitze dieses Kampfes stehen die Bergwerksarbeiter. Es wird berichtet, daß die Bergwerksarbeiter der Berggruben Siglo Veinte einen neuen Generalstreik ausriefen aus Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Die Regierungskreise Boliviens entsandten in dieses Gebiet starke Polizeikräfte in der Absicht, diese breit angelegte Streikbewegung der Kumpel gewaltsam niederzuhalten. Die Polizei nahm Hausdurchsuchungen bei den Bergwerksarbeitern vor, um die Führer des Streiks zu verhaften. Dabei wurden zahlreiche unschuldige Menschen, darunter auch Frauen, verhaftet. Die Kreise der kapitalistischen Monopole stellten zudem, von der Regierung unterstützt, in der Zone, wo der Streik ausgerufen wurde, die Versorgung mit Lebensmitteln ein, um die streikenden Kumpel zur Rückkehr an die Arbeit zu zwingen. Die Bergwerksarbeiter sind jedoch entschlossen, den gerechten Streikkampf fortzusetzen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

FRANKREICH

Nachdem die französischen Imperialisten der Mission des Demokratischen Kampuchea in Paris die weitere Arbeit untersagt haben, haben die Mitglieder der Mission am 18. August Paris verlassen. Die Schließung der Mission durch die französischen Imperialisten ist der vorläufige Höhepunkt der fortgesetzten Unterstützung der Feinde des Demokratischen Kampuchea. Haben die französischen Imperialisten bereits während des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf der Seite der US-Aggressoren und ihrer Marionette Lon Nol gestanden, so haben sie nach dem Sieg des Volkes die Tätigkeiten der Verräter vom Ausland weiterhin unterstützt.

Der Versuch der französischen Imperialisten durch die Schließung der Mission, die die einzige bisher in Westeuropa war, das Demokratische Kampuchea zu isolieren, ist jedoch gescheitert. In derselben Woche, da die Mission in Paris geschlossen wurde, wurden diplomatische Beziehungen zwischen dem Demokratischen Kampuchea und Großbritannien sowie Finnland aufgenommen.

Bevor die Mitglieder der Mission Paris verließen, baten sie uns in einem Telefonanruf, allen fortschrittlichen Menschen, die den gerechten Kampf des Volkes von Kampuchea in unserem Land unterstützt haben, ihren herzlichen Dank auszurichten.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL

Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



HALKIN SESİ 42

Die US-Imperialisten schüren den Krieg gegen das koreanische Volk

Am 18. August verübten die US-Imperialisten in der entmilitarisierten Zone zur Grenze der Demokratischen Volksrepublik Korea eine schwere Provokation. Offiziere der US-Armee drangen gemeinsam mit Soldaten der südkoreanischen Marionettenarmee in die entmilitarisierte Zone ein, um dort gegen alle Vereinbarungen einen Baum zu fällen, um so die Soldaten der koreanischen Volksarmee zu provozieren. Als daraufhin Soldaten der koreanischen Volksarmee hinzukamen und protestierten, fielen die US-Offiziere samt den südkoreanischen Marionettensoldaten mit Äxten und Eisenstangen über die Soldaten der koreanischen Volksarmee her. Diesen gelang es jedoch, die Aggressoren zu entwaffnen und mit deren eigenen Waffen in die Flucht zu schlagen. Zwei Offiziere der US-Imperialisten blieben dabei auf der Strekke – eine gerechte Strafe für diese unerhörte Provokation.

Diese Provokation ist durchaus kein Einzelfall. Erst am 5. August wurde von der Seite des südkoreanischen Marionettenregimes mit 57mm-Gewehren und Großkaliber-Maschinengewehren das Feuer auf Wachtposten der koreanischen Volksarmee eröffnet. Allein in der Zeit vom 22. Juni bis zum 2. August führte die südkoreanische Marionettenarmee bei 42 Gelegenheiten schwere und automatische Waffen in die entmilitarisierte Zone ein und eröffnete 49 mal das Gewehrfeuer auf die koreanische Volksarmee.

All diese Provokationen zeigen, daß die US-Imperialisten und ihr Marionettenregime des Diktators Pak-Chung-hee in Seoul die Spannungen in Korea schüren. Es beweist, daß die Manöver der US-Imperialisten zur Provokation eines neuen Aggressionskrieges, der seit langem vorbereitet wird, ein ernstes Stadium erreicht haben. Immer wieder haben die US-Imperialisten und ihr Marionettenregime alle Vorschläge der Regierung der DRV Korea zur unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes abgelehnt, stattdessen ihren Plan von „zwei Koreas" verfolgt und in großer Eile Vorbereitungen für einen Invasionskrieg gegen den Norden vorangetrieben.

Im letzten Jahr erklärten die US-Imperialisten in aller Offenheit Südkorea, das tausende Kilometer von den USA entfernt liegt, zu ihrer „Vorwärtsverteidigungszone". Sie schleppten bergeweise modernste Waffen nach Südkorea, einschließlich Atomwaffen, Raketen verschiedenen Typs, errichteten neue Angriffsbasen, stationierten frische Truppen usw. usf. Die US-Imperialisten kündigten dabei sogar an, sie würden eine „Operation der verbrannten Erde" durchführen, eine „breite Militärintervention" eröffnen und seien auch bereit, Atomwaffen gegen das koreanische Volk einzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer militärischen Aggression haben Einheiten der 7. US-Militärflotte verschiedene Manöver mit Einheiten der südkoreanischen Marionettenarmee durchgeführt. Luft- und Seestreitkräfte wie auch Bodentruppen waren an diesen Manövern beteiligt. In den Manövern wurde ein Angriff gegen die DRV Korea geprobt. Hand in Hand damit haben die US-Imperialisten die Anzahl der Provokationen gesteigert. Allein im Jahr 1975 wurden durch Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens mehr als 28 150 Provokationen gegen die DRV Korea verübt.

Das Ergebnis all dessen ist, daß die Spannungen einen neuen Höhepunkt erreicht haben, die eine ausserordentliche Gefahr für den Frieden in Korea, in Asien und nicht zuletzt für die ganze Welt darstellen. Die Regierung der DRV Korea hat daher in einer Erklärung vom 5. August noch einmal ihre gerechten Forderungen bekräftigt, daß die USA alle ihre Provokationen einstellen und alle Atom- und sonstigen Waffen aus Südkorea abziehen. Sie sollen ihren Plan von „zwei Koreas" fallen lassen, das UN-Kommando, das aus Soldaten der US-Armee besteht, auflösen, alle ausländischen Truppen aus Südkorea abziehen und den Beschluß der UN-Vollversammlung befolgen, das Waffenstillstandsabkommen durch ein Friedensabkommen zu ersetzen. **Die Regierung wies weiterhin daraufhin, daß die US-Imperialisten und ihre Marionettenclique für die Folgen ihrer Provokationen die volle Verantwortung tragen. Die Zeitung „Nodong Sinmun" schrieb in einem Kommentar: „Wenn die US-Imperialisten, die sich an Südkorea klammern, zu Aggression und kriegsprovozierenden Manövern greifen, und sich dabei der Forderung unseres Volkes und dem Trend der Zeit widersetzen, dann werden sie unweigerlich eine noch schändlichere Niederlage erleiden!"**

Die Bewegung der blockfreien Länder erstarkt immer mehr

In der vergangenen Woche fand in der Hauptstadt Sri Lankas, in Colombo, die fünfte Konferenz der blockfreien Länder statt. Die Regierungsvertreter von 85 Ländern nahmen daran teil. Vertreter mehrerer Staaten betonten im Verlauf der Konferenz die Notwendigkeit, einen noch stärkeren Kampf gegen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, zu führen, gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Sie bekundeten ihre Unterstützung für die Befreiungsbewegungen und den Kampf der verschiedenen Völker der Welt für ihre Befreiung.

In der Eröffnungsrede der Ministerpräsidentin von Sri Lanka, Sirimavo Bandaranaike, wurde die Betonung auf die Gefahr gelegt, die den Völkern durch das ständige Aufrüsten der imperialistischen Großmächte und durch ihre zunehmende Rivalität in verschiedenen Zonen der Welt droht. „Diese Mächte", so Frau Bandaranaike, „häufen moderne Waffen an, die eine große Vernichtungskraft gegen die Menschheit besitzen." Mehrere Vertreter anderer Staaten griffen dies ebenfalls auf und wiesen nach, wie sie durch das Vorherrschaftsstreben der beiden Supermächte, durch ihre Einmischungen und Erpressungen bedroht werden.

Die Konferenz war ein deutlicher Ausdruck davon, wie die Bewegung der blockfreien Länder in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus voranschreitet und erstarkt. Davon zeugen die zahlreichen Resolutionen wie das „Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit" unter den blockfreien Ländern. Darin wird die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der rohstoffproduzierenden Länder unter den Blockfreien unterstrichen, um gegen die Politik der Ausplünderung durch die beiden Supermächte und die anderen Imperialisten gerechte Preise auf dem Weltmarkt zu erzielen. Ebenso ist ein wichtiger Bestandteil der Konferenz die Erweiterung des Koordinierungsbüros der blockfreien Länder von bisher 17 auf 25 Mitglieder. Zu ihnen wird künftig auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gehören. Das Koordinierungsbüro soll verstärkt der Zusammenarbeit und dem Zusammenschluß der blockfreien Länder dienen und besonders im Fall einer Aggression von Seiten der Imperialisten gegen ein blockfreies Land Maßnahmen ergreifen.

Einen Schwerpunkt der Konferenz bildete die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe gegen die Rassistenregimes in Südafrika und Rhodesien. Die Konferenzteilnehmer beschlossen, diese Völker in ihrem Kampf künftig noch mehr auf jede Weise zu unterstützen. Die erste Maßnahme dazu ist der Aufruf der Konferenz, Frankreich und Israel, die beide mit umfangreichen Waffenlieferungen und anderen Mitteln die Rassistenregimes stützen, mit einem Ölembargo zu belegen. Auch die westdeutschen Imperialisten wurden wegen ihrer Unterstützung der rassistischen Regimes in Afrika verurteilt. Eine andere Resolution zur Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes fordert, daß die israelischen Zionisten aus der UNO ausgeschlossen werden sollen, wenn sie nicht die UNO-Beschlüsse über den Nahen Osten erfüllen, die besetzten Territorien räumen und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen.

Wütend über den Verlauf der Konferenz waren offensichtlich die russischen Sozialimperialisten. Die „Prawda" stellt in einem Kommentar am 20. August ganz verärgert fest, daß es Delegierte gäbe, die den Sozialimperialismus genauso verurteilen, wie den USA-Imperialismus. Man könne nicht daran vorbeisehen, schrieb die „Prawda", daß in Colombo einige Reden „merkwürdige, ja sogar falsche Töne" enthalten hätten.

Seit der Gründung der Konferenz der blockfreien Länder ist den russischen Sozialimperialisten diese Bewegung ein Dorn im Auge, da sie sich gegen jeglichen Imperialismus, gegen das Weltherrschaftsstreben beider Supermächte, sowohl des USA-Imperialismus wie des russischen Sozialimperialismus, richtet. Breschnew selbst versuchte mit einem Brief an die Konferenz Druck auf die Teilnehmer auszuüben, indem er erklärte, daß sie die Sowjetunion „nicht auf eine Stufe" mit dem USA-Imperialismus stellen dürften. Hofften die neuen Zaren im Kreml anfangs, durch Druck und Erpressung, verbunden mit einer entsprechenden Hetze, diese Bewegung hemmen zu können, so mußten sie schon bald erkennen, daß im Gegenteil die Bewegung der Blockfreien immer mehr erstarkte. Folglich wandten sie einen anderen Trick an: Sie versuchten sich als „natürlicher Freund und engster Verbündeter" dieser Bewegung hinzustellen, in der Hoffnung, auf diese Weise in der blockfreien Bewegung Einfluß zu gewinnen, sie unter ihre Kontrolle zu bringen und in ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Weltherrschafts-Strategie zu verwandeln. Dabei kommen sie immer wieder mit dem gleichen Betrugsmanöver: Die Sowjetunion sei doch „sozialistisch" und könne daher keine imperialistische Macht sein. Doch die blockfreien Länder lassen sich in ihrer Mehrzahl nicht von den Phrasen der Sozialimperialisten blenden, sondern schauen auf deren Taten, die die Verbrechen einer sozialimperialistischen Supermacht sind.

Neben der Einmischung von außen in die Angelegenheiten der Konferenz suchten die russischen Sozialimperialisten jedoch auch von innen her die Bewegung der Blockfreien zu durchdringen. Sie benutzen dabei Marionetten aus ihrem Einflußbereich, wie z.B. die Vertreter Cubas, Angolas und einiger anderer Länder, die versuchen, den Kampf der blockfreien Länder gegen beide Supermächte auf den Kampf gegen den USA-Imperialismus zu reduzieren. Doch die fünfte Konferenz der blockfreien Länder hat deutlich gezeigt, daß solche Vorhaben bei der Mehrheit der Bewegung auf scharfen Widerstand stoßen. Trotz aller Machenschaften der beiden Supermächte wird diese Bewegung, wenn sie sich noch fester zusammenschließt, zu einer immer bedeutenderen Kraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und vor allem im Kampf gegen die beiden Hauptfeinde der Völker der Welt, die beiden imperialistischen Supermächte, werden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Bewaffneter Kampf in Thailand

Im Norden und Süden Stützpunkte errichtet

Seit elf Jahren führt das thailändische Volk den bewaffneten revolutionären Kampf gegen seine Unterdrücker. Eine Gruppe thailändischer Patrioten nahm am 7. August 1965 in einem Dorf im Norden des Landes einige Söldner und Agenten des reaktionären Regimes gefangen und richtete sie hin. Damit war das Signal für den Beginn des bewaffneten Kampfes gegeben. An der Spitze des Kampfes stand von Anfang an die Kommunistische Partei Thailands.

Der Beginn des revolutionären bewaffneten Kampfes war die Antwort des thailändischen Volkes auf seine doppelte Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimische Feudalbourgeoisie und deren Schutzherren, den amerikanischen Imperialismus.

Die amerikanischen Imperialisten hatten schon bald nach dem Ende des zweiten Weltkrieges den britischen Imperialismus in Thailand ausgestochen und das Land mit Hilfe ihrer Lakaien unter ihre Kontrolle gebracht. Wie die britischen Imperialisten vor ihnen machten die amerikanischen Imperialisten Thailand zu einem ihrer bedeutendsten Stützpunkte für die Niederschlagung der revolutionären Befreiungsbewegungen in den Ländern Indochinas und in ganz Südostasien. Auf dem Höhepunkt des Aggressionskrieges der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha waren in Thailand Zehntausende von amerikanischen Besatzungssoldaten stationiert. Täglich stiegen von hier aus die B-52-Bomber auf, um die Dörfer und Städte Indochinas zu verwüsten. Die amerikanischen Besatzer und Bomber richteten sich zugleich auch gegen das thailändische Volk selbst, um seinen Befreiungskampf niederzuschlagen. Zahllose ermordete Männer, Frauen und Kinder, durch Napalm verwüstete Äcker, Dörfer und Wälder sind Zeugnisse der Verbrechen des amerikanischen Imperialismus am thailändischen Volk. Die amerikanischen Imperialisten machten die thailändische Armee zu einer der stärksten in Südostasien. In die Kommandostellen und Offiziersposten setzten sie Leute, von denen sie wußten, daß sie ihre willfährigen Lakaien waren. Der CIA kontrolliert auch heute noch das politische Leben und die amerikanischen Monopole halten die Kommandohöhen der thailändischen Wirtschaft besetzt. Die amerikanischen Imperialisten stützten sich auf die einheimischen Feudalherren und Großgrundbesitzer, auf die von den Imperialisten herangezogene Schicht von Lakaien und Verrätern.

Sie alle plündern die thailändischen Volksmassen bis aufs Blut aus. Vor allem in den weiten ländlichen Gebieten — von den ca. 35 Millionen Einwohnern des Landes sind die überwiegende Mehrheit Bauern, Pächter usw. – verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung ständig. Viele der Bauern und kleinen Fischer leben noch in feudaler Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern. Über die Verhältnisse in den Gebieten nordöstlich von der Hauptstadt Bangkok, die zu den ärmsten Regionen Thailands gehören, berichtet ein Kämpfer der Volksbefreiungsarmee: *„Es gibt keine Straßen, keine Ärzte, keine Schulen, keine Arzneimittel, kein Wasser und manchmal auch nichts zu essen. ... Einige Menschen hier wurden ins Gefängnis gesteckt, weil sie einen Baum gefällt haben. Aber als eine ausländische Gesellschaft mit einem Kontrakt der Regierung einen ganzen Wald abholzen ließ, geschah überhaupt nichts.“* Viele der Bauern und Pächter flüchten wegen der unerträglichen Lebensverhältnisse und der drückenden Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern in die großen Städte, vor allem nach Bangkok. Hier vergrössern sie das Millionenheer der Arbeitslosen, die in elenden Blechhütten zu leben gezwungen sind und oft selbst nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben. Durch die Armut gezwungen, sehen viele junge Mädchen und Frauen keinen anderen Ausweg, als den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie durch die Prostitution zu verdienen.



Die Polizei überfällt brutal Arbeiterinnen, die eine Fabrik besetzt haben.

Einem offiziellen Bericht zufolge sind allein im Jahre 1974 in Thailand 55 000 Säuglinge verhungert. 30% der schulpflichtigen Kinder in den Slums von Bangkok sind unterernährt. An Unterernährung starben, diesem Bericht zufolge, auch 80% der Frauen, die während der Schwangerschaft oder bei der Geburt starben.

Das thailändische Volk hat unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands zu den Waffen gegriffen, weil es weiß, daß dies der einzige Weg ist, um die amerikanischen Imperialisten aus dem Land zu jagen, das reaktionäre Regime zu stürzen und sich aus seiner elenden Lage zu befreien.

Die amerikanischen Imperialisten und das reaktionäre Regime versuchten in den vergangenen elf Jahren immer wieder den Befreiungskampf durch systematischen Terror zu unterdrücken. In den Gebieten, in denen die Befreiungskämpfer operierten, wurden systematisch Ausrottungskampagnen gegen die Bevölkerung durchgeführt, Dörfer, Äcker und Wälder verwüstet. Zugleich wurden Tausende von Angehörigen von Bergstämmen aus ihren Dörfern vertrieben und an anderer Stelle in sogenannten Wehrdörfern, die in Wirklichkeit eher KZs sind, eingepfercht. Aber dieser Terror konnte den Befreiungskampf nicht unterdrücken. Heute operieren die Befreiungskämpfer nicht nur im Norden des Landes, sondern haben auch im Süden Stützpunkte errichtet. Die Volksbefreiungsarmee hat sich im Laufe der vergangenen elf Jahre ständig vergrößert. Während sie in der Hauptsache aus Bauern besteht, schließen sich ihr auch immer mehr Arbeiter aus den Städten, Studenten und Intellektuelle an. Im Norden Thailands, nur 350 Meilen von der Hauptstadt Bangkok entfernt, übt die Volksbefreiungsarmee in über 200 Dörfern die Macht aus.

Nach dem Sieg der indochinesischen Völker über den amerikanischen Imperialismus, setzt das thailändische Volk seinen bewaffneten Kampf unter noch günstigeren Bedingungen fort.

Die Entwicklung des bewaffneten Kampfes waren zugleich auch ein mächtiger Antrieb für den Aufschwung der revolutionären Arbeiter- und Jugendbewegung in den Städten. Über fünf Monate lang hatten z. B. die Arbeiterinnen einer Weberei in Bangkok ihrer Betrieb besetzt, um ihre Forderungen nach einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und höheren Löhnen durchzusetzen. Dann wurde der Betrieb von der Polizei brutal geräumt. Aber schon am nächsten Tag gingen die Arbeiter von Bangkok auf die Straße, um für die sofortige Freilassung der Verhafteten zu kämpfen. Während der Demonstration wurde eine Erklärung der verhafteten Frauen verlesen, in der es heißt: „Macht euch um uns keine Sorgen. Wir müssen uns zusammenschließen, um gegen die Regierung und die amerikanische Anwesenheit in Thailand zu kämpfen."

Unter dem Druck des Befreiungskampfes des thailändischen Volkes sah sich die thailändische Regierung vor kurzem gezwungen, den Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen und die Auflösung der Militärstützpunkte in Thailand zu fordern. Angeblich sollte dies die Möglichkeit zu einer „friedlichen Lösung" und zu Verhandlungen zwischen den Befreiungskämpfern und der Regierung schaffen. Aber abgesehen davon, daß längst nicht alle amerikanischen Besatzer das Land verlassen haben (4 000 US-Soldaten bleiben in Thailand und einige Militärstützpunkte werden aufrechterhalten), bedeutet der Rückzug einiger tausend amerikanischer Soldaten noch längst nicht das Ende der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten über das Land. Nach wie vor bleibt die thailändische Armee ein Instrument des amerikanischen Imperialismus, nach wie vor, herrschen die amerikanischen Trusts über die Wirtschaft, herrscht die mit dem amerikanischen Imperialismus eng verbundene Clique von Verrätern und Lakaien. Die Verhandlungsangebote sind eine Farce und sollen die Befreiungskämpfer in die Falle locken, damit sie auf ihren Kampf verzichten und die Kompromisse annehmen, die zur Kapitulation führen.

„Das thailändische Volk", heißt es deshalb in einem Kommentar des Senders „Stimme des thailändischen Volkes" zum 33. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Thailands, „vertraut fest auf seinen Kampf, um die Unabhängigkeit und Demokratie zu erlangen, die Ausbeutergesellschaft zu beseitigen und eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu errichten. Die KP Thailands ist entschlossen, auch künftig den bewaffneten Kampf der Befreiungskräfte und die revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen des Landes mutig zu führen, um die reaktionäre Klasse zu stürzen und die Volksmacht zu errichten."

Simbabwe: Das Smith-Regime in der Zange des Befreiungskampfes

Die patriotischen Kräfte von Simbabwe erringen weitere Erfolge in ihrem Kampf gegen das rassistische Regime Ian Smith. Ihre wichtigste Aktion war unlängst der Angriff auf den feindlichen Militärstützpunkt von Ruda in der Nähe der Grenze zu Mosambik. Gleichzeitig führten die Patrioten bewaffnete Aktionen im Matabeleland im Süden, im östlichen Teil des Landes und in der Nähe von Bulajawo durch. Das rassistische Regime erlitt dadurch große Verluste. Das Smith-Regime scheute sich daraufhin nicht, das benachbarte Mosambik zu überfallen. **Bei einem Bombenangriff auf ein unmittelbar hinter der Grenze gelegenes Lager und einige Dörfer ermordeten die Rassisten über 300 Menschen.**

Das Rassistenregime und die amerikanischen Imperialisten, die hinter ihm stehen, wenden alle Mittel an, um aus der bedrängten Lage, in der sie sich befinden, herauszukommen. Smith hat in mehreren Gebieten des Landes den Ausnahmezustand verhängen lassen und in den Grenzgebieten sind zahlreiche Truppen stationiert. In den Wohnbezirken der Hauptstadt greift das Regime zu brutalem Terror und verhaftete Dutzende von Jugendlichen. Das Regime entsendet darüberhinaus Strafexpeditionen, die Dörfer niederbrennen und Einwohner niedermetzeln.

Parallel dazu laufen die Bemühungen der amerikanischen Imperialisten und des Smith-Regimes über eine sogenannte „politische Lösung" der „Rhodesienfrage". Dazu gehört auch die Bestellung einiger schwarzer Minister, Lakaien des Regimes, die, ohne irgendeine Befugnis zu haben, vortäuschen sollen, das Regime befinde sich auf dem Weg der „Liberalisierung". Im Grunde genommen zeigt dies aber nur, in welche verzweifelte Lage Ian Smith und seine Clique bereits geraten sind.

Die Patrioten von Simbabwe sind jedenfalls entschlossen, nicht auf die Betrugsmanöver Ian Smith's und seiner imperialistischen Oberherren hereinzufallen. Sie sind vielmehr entschlossen, den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen. Das wurde in diesen Tagen erneut von einem der Führer der Patrioten erklärt, der sagte, daß es keine Kraft auf der Welt gibt, die den Kampf des Volkes von Simbabwe für seine Freiheit und Unabhängigkeit aufzuhalten vermag.

Azania: VW-Arbeiter kämpfen gegen das Rassistenregime

Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Rassendiskriminierung und die brutale Gewalt durch das Rassistenregime Südafrikas nimmt immer größere Ausmaße an. In der vergangenen Woche erhoben sich tausende von Afrikanern in der Stadt Port Elizabeth gegen ihre Unterdrücker. Mit gezielten Schüssen ermordete die rassistische Polizei während der Kämpfe über 33 Jugendliche. Port Elizabeth ist das Zentrum der Automobilindustrie Südafrikas. Hier beuten auch die westdeutschen Imperialisten unter dem Schutz des rassistischen Regimes tausende von Afrikanern grausam aus. Ganz in der Nähe von Port Elizabeth, in dem kleinen Ort Uitenhage, hat VW das größte Automobilwerk in Südafrika errichtet. Unter den Demonstranten von Port Elizabeth befanden sich auch zahlreiche Arbeiter dieses Werkes. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß die westdeutschen Imperialisten an den Verbrechen des rassistischen Regimes gegen das Volk von Azania direkt beteiligt sind und aus ihnen ihren Nutzen ziehen.

Aber während die westdeutschen Imperialisten ihre konterrevolutionäre Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime verstärken, wächst zugleich die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem Volk von Azania.

Brief des PAC

Diese Freundschaft kommt auch in einem Brief zum Ausdruck, den uns der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) jetzt schickte. In dem Brief heißt es u.a.:

„Die von der KPD/ML, der KPD und der Liga gegen den Imperialismus gemeinsam unterstützten Veranstaltungen (die Veranstaltungsreihe mit Vertretern des PAC fand im Juni statt – RM) sind ein praktischer Ausdruck internationalistischer Pflichterfüllung und Verantwortlichkeit. Der Beitrag, den Ihr geleistet habt, ist eine große Hilfe für den Kampf des Volkes von Azania, der gegenwärtig immer mehr an Kraft gewinnt. Wir sind uns alle der Tatsache bewußt, daß es für die antiimperialistischen und antirevisionistischen Kräfte notwendig ist, ihre gemeinsame Front zu stärken und sich gegen das Hegemoniestreben der Supermächte zu vereinigen. Die beiden Supermächte sind heute zu internationalen Feuerwehren geworden, die darauf spezialisiert sind, die Revolutionen der unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Welt zu sabotieren und die die Voraussetzungen dafür schaffen, einen neuen Weltkrieg gegen die friedliebenden Nationen der Welt zu entfesseln.

Während der Veranstaltungen und während ihres Besuches war es für unsere Delegation von großer Bedeutung zu sehen, daß die deutschen Massen bei ihren Demonstrationen gegen die verschwörerischen Gespräche zwischen Kissinger und Vorster, die darauf abzielten, den Völkern des südlichen Afrika ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung zu rauben, das Banner der Revolution hochhielten. Dies zeigt, welche enorme Arbeit Ihr leistet, um den Widerstand des deutschen Volkes gegen Neonazismus und die Faschisierung in Eurer Heimat zu erhöhen. ...

Liebe Genossen!

Zum Schluß möchten wir Euch die revolutionären brüderlichen Grüße des Zentralkomitees des PAC und des ganzen Volkes von Azania übermitteln."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Manöverwelle vom Nordkap bis zum Mittelmeer

Grösste Nato-Übung seit 20 Jahren

Fortsetzung von Seite 1

als Kanonenfutter dienen sollen. So wird in diesem Jahr bei den Natomanövern ein besonderes Schwergewicht auf „gemeinsame Übungen" gelegt. „Gemeinsame Übungen", das heißt, daß die Soldaten der Bundeswehr und die amerikanischen Besatzungssoldaten unter dem Oberbefehl der Generäle des amerikanischen Imperialismus in den Kampf ziehen sollen. Die Bundesregierung nennt die amerikanischen Imperialisten unsere „besten Verbündeten". Aber was ist das für ein „Verbündeter", der ganz offen erklärt, in Zukunft müßten „dann nationale Vorrechte bis zu einem gewissen Grad beseitigt werden", sprich: In Zukunft befehlen wir und ihr habt zu gehorchen? Was ist das für ein Verbündeter, der in seine Kriegsstrategie die Verwüstung ganzer Landstriche der Bundesrepublik und die Ermordung von Millionen von Meschen durch Atombomben und Giftgase einbezogen hat? Der die Besetzung unseres Landes durch schnell herbeigeflogene Truppen aus den USA übt? Das sind eben Bestandteile der Übungen „Reforger 76", „Großer Bär" und wie sie alle heißen.

Was heißt denn für die westdeutschen Imperialisten „Verteidigung der Bundesrepublik"? Doch eben nichts anderes, als daß sich westdeutsche Soldaten an der Verwüstung ganzer Landstriche und der Ermordung ihrer Klassenbrüder nicht nur beteiligen, sondern sie sogar hauptsächlich ausführen sollen. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen unseres Landes sind für die westdeutschen Imperialisten nur Kanonenfutter. Für ihren Profit und den ihrer amerikanischen Verbündeten sind die Krupp und Thyssen bedenkenlos bereit, sie zu opfern. Die Bundeswehr ist eben keine Armee für die Verteidigung unseres Volkes, sondern das Instrument einer Handvoll imperialistischer, finanzkapitalistischer Ausbeuter zur Aggression gegen andere Völker und zur Unterstützung und Niederhaltung des eigenen Volkes, wenn es sich zum revolutionären Kampf erhebt. Zur Nato-Strategie gehört ja deshalb bekanntlich auch die „Unterdrückung subversiver Aktionen" im Hinterland. Schon jetzt übt die Bundeswehr die Niederschlagung von Arbeiteraufständen.

Im übrigen: Was heißt hier „Verteidigung"? Die Nato-Strategen haben ihre ganze Strategie auf die sogenannte „Vorneverteidigung" abgestellt. Dabei rechnen sie damit — und das ist auch wahrscheinlich — daß es die russischen Sozialimperialisten sind, die den ersten Schuß abfeuern und Westeuropa überfallen. Aber „Vorneverteidigung" heißt eben, daß die Nato-Generäle keineswegs daran denken, einen solchen Angriff lediglich abzuwehren und den Angreifer zurückzuschlagen, sondern daß sie vorhaben, zur umfassenden Gegenoffensive anzutreten. Die „Vorneverteidigung" ist nichts anderes als eine Umschreibung für Aggression. Und wenn die westdeutschen Imperialisten von „Vorneverteidigung" reden, so meinen sie damit nicht zuletzt ihre revanchistischen Träume auf eine Wiedervereinigung Deutschlands unter der Herrschaft der Krupp und Thyssen.

Für die Beurteilung eines Krieges ist es aber nicht entscheidend, wer den ersten Schuß abgefeuert hat. Entscheidend ist allein, welche Ziele mit einem solchen Krieg verfolgt werden und welchen Interessen er nützt. Zwei imperialistische Räuber, die amerikanischen Imperialisten und russischen Sozialimperialisten samt ihren Verbündeten und Lakaien, wollen einen Krieg um die Aufteilung der Welt anzetteln, darum, welcher von beiden die Völker der Welt unterdrücken und ausplündern kann. Wenn die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die anderen Staaten des Natopaktes, die gerade jetzt durch eine Reihe von großangelegten Manövern einen solchen Krieg vorbereiten, von „Verteidigung" reden, so ist das nichts als ein Betrug, um ihre wirklichen Ziele zu vertuschen und die werktätigen Massen dafür zu gewinnen, für ihre verbrecherischen Ziele in den Krieg zu ziehen. Die Natomanöver, die jetzt in einem Ausmaß wie nie zuvor abgehalten werden, zeigen, daß die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wächst.

Ein solcher Krieg kann nur durch den entschiedenen Kampf gegen die beiden Hauptkriegstreiber, den amerikanischen Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus und ihre Bündnispartner und Lakaien verhindert werden. Letzten Endes aber kann nur die sozialistische Revolution den imperialistischen Verbrechern das Handwerk legen. Sollten die beiden imperialistischen Supermächte und ihre Verbündeten und Lakaien aber einen neuen Weltkrieg vom Zaun brechen, sollten sie unser Land in das Schlachtfeld ihrer imperialistischen Armeen verwandeln, dann muß diesem ungerechten Krieg der gerechte Krieg für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland entgegengesetzt werden.

Vor der Bevölkerung geheimgehalten

Katastrophenabwehr-Plan in Biblis

Die Bevölkerung in Biblis ist zutiefst beunruhigt. Die Schäden, die am Kernkraftwerk Biblis aufgetreten sind und erst im Rahmen einer Routineuntersuchung entdeckt und behoben wurden, dazu die Geheimhaltungspolitik, die gegenüber der Bevölkerung betrieben wurde, haben dazu geführt, daß sich so mancher die Frage stellt: „Was wäre mit uns geschehen, wenn es tatsächlich zu einer Katastrophe gekommen wäre?"

Tatsache ist, daß kein einziger Werktätiger in Biblis weiß, was er in so einem Fall zu tun hat, wie schnell er benachrichtigt werden wird. Inzwischen ist klar, daß es nichts als eine Beruhigungspille war, als man der Bevölkerung zunächst versprach, sie werde genau unterrichtet werden, wie sie sich in einem Katastrophenfall verhalten müsse.

Gar nichts wird die Bevölkerung erfahren. Der Katastrophenplan, der fix und fertig in den Schubladen der Leitung des KKW und der Landesregierung liegt, wird vor der Bevölkerung geheimgehalten. Bergmann, einer der Verantwortlichen für den Fall einer Katastrophe, erklärte jetzt: „Die Landesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß eine Veröffentlichung (des Katastrophenplans — RM) nicht in Betracht kommt."

Warum hat die Landesregierung Angst, der Bevölkerung von Biblis diesen Katastrophenplan vorzulegen, der doch angeblich zu ihrem Schutz da sein soll, warum wird er genauso ängstlich geheimgehalten wie etwa die berüchtigten Schubladengesetze im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen?

Darüber geben bereits die wenigen Informationen Aufschluß, die man der Bevölkerung gibt. Man sagt ihr, sie werde durch Lautsprecherwagen informiert — zu welchem Zeitpunkt, sagt man ihr nicht. Denkt man aber an die Vertuschungspolitik, die die Landesregierung bei den jetzt aufgetretenen Schäden betrieb, denkt man daran, wie die Bevölkerung in Seveso tagelang über die Giftgaskatastrophe betrogen wurde, kann man sich leicht vorstellen, daß es keineswegs die erste Sorge der KKW-Leitung und der Landesregierung sein wird, die Bevölkerung zu warnen und aufzuklären. Weiterhin versucht man die Bevölkerung damit zu beruhigen, daß sowohl Medikamente wie auch ein Notkrankenhaus bereitstünden — davon, daß es atomare Schutzräume für die Bevölkerung gibt, daß ihre Evakuierung vorbereitet ist, sagt man allerdings nichts.

Ein noch deutlicheres Licht wirft ein Punkt dieses Katastrophenplans, den die „Frankfurter Rundschau" jetzt enthüllte, auf die wahren Absichten der Bourgeoisie. Vorgesehen ist nämlich, das gesamte Gebiet hermetisch durch Polizeikräfte abzuriegeln. Angeblich, um Unbeteiligte vom Katastrophengebiet fernzuhalten. Eine offensichtliche Lüge! Denn welcher normale Mensch kommt wohl auf die Idee, sich aus Neugierde in eine atomar verseuchte Region zu begeben? Niemand! Für die Polizeisperre rund um das Gefahrengebiet gibt es nur eine Erklärung. Sie ist gegen die Bevölkerung gerichtet, die versuchen wird, aus der Gefahrenzone zu fliehen! Die sich in einer solchen Situation gegen die Verantwortlichen für die Katatstrophe und den fehlenden Schutz der Bevölkerung erheben wird!

Und das ist auch der Grund dafür, warum die Landesregierung um keinen Preis ihren Katastrophenplan veröffentlichen will. Weil die Werktätigen dort schwarz auf weiß würden nachlesen können, daß der kapitalistische Staat weder beim Bau der KKWs, noch für den Fall einer Katastrophe daran denkt, Leben und Gesundheit der Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen. So wie die Bourgeoisie heute, wo es um den Bau der KKWs geht, in Wyhl und anderswo die Interessen der kapitalistischen Energiewirtschaft mit Polizeiknüppeln gegen die Werktätigen durchsetzt, wird auch im Fall einer Katastrophe der Schutz des Kapitals oberstes Gebot sein.

Russische Militärspionage

Der grosse Coup platzte vorzeitig...

Der große Coup des Geheimdienstes der russischen Sozialimperialisten, KGB, platzte vorzeitig. Seine Rivalen, MAD und Verfassungsschutz des westdeutschen Imperialismus, waren schneller. Mit einem Koffer voller Mikrofilme wurde in München der belgische Waffenhändler Kucniak verhaftet. Auf den Mikrofilmen war das gesamte Konstruktionsprogramm des neuen NATO-Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA („Tornado") abgelichtet. Die Unterlagen selbst stammten aus dem Computerzentrum des westdeutschen Rüstungskonzerns „Messerschmidt-Bölkow-Blohm" (MBB).

Zusammen mit Kucniak wurde ein weiterer Spion, der Ingenieur Knüffel, verhaftet. In seinem Besitz befand sich, neben Unterlagen über die MRCA, auch eine geheime technische Dienstvorschrift für den Kampfpanzer Leopard II. Wie die beiden in den Besitz dieser Unterlagen gekommen sind, ist noch ungeklärt. Es kann aber gar nicht anders sein, als daß sie das Material von einem hohen Angestellten bei MBB, der Zugang zu der Computerabteilung hatte, bekommen haben.

Wie sich später herausstellte, wollten Kocniak und Knüffel die MRCA-Unterlagen zunächst für 20 Millionen DM an die tschechische Waffenhandelsfirma „Omnipol" verkaufen. Schließlich war aber dann der KBG bereit, sage und schreibe 38 Millionen DM dafür auf den Tisch zu legen.

Wieder einmal sprechen die Tatsachen eine beredtere Sprache als die Propagandalügen der neuen Zaren im Kreml. Beschwören sie nicht gerade jetzt immer wieder den „Geist von Helsinki" und beteuern, daß sie sich niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen? Die schmutzigen Hände ihrer Spione beweisen aber das genaue Gegenteil. Ebenso wie für die andere Supermacht, den amerikanischen Imperialismus, ist auch für den russischen Sozialimperialismus die Auslandsspionage zu einem unverzichtbaren Bestandteil seiner Expansions- und Aggressionspolitik geworden. Die russischen Sozialimperialisten schicken ihre Spione in alle Teile der Welt, um politische, militärische und wirtschaftliche Informationen zu sammeln. Natürlich werden alle diese Informationen nicht zum Spaß gesammelt, sondern dienen den Kriegsvorbereitungen des russischen Sozialimperialismus. Der „Geist von Helsinki," der „unumkehrbare Entspannungsprozeß", von dem die Sozialimperialisten dauernd reden, entpuppt sich in der Wirklichkeit als Lügengespinst. Tatsache ist, daß sich die Spannungen zwischen den beiden Supermächten in Wirklichkeit verschärfen. Wir glauben gerne, daß die Unterlagen über die MRCA für den neuen Zaren ein großer Coup gewesen wären. Schließlich soll dieses Flugzeug die Hauptrolle in der Strategie des aggressiven NATO-Pakts spielen, und jeder weiß schließlich gern von seinem zukünftigen Gegner, mit welchen Waffen er gegen ihn antreten will — ganz abgesehen davon, daß es um so einfacher ist, die MRCA außer Gefecht zu setzen, wenn man über ihren Konstruktionsplan verfügt.

Mit der Sicherung des Friedens hat das allerdings überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil. Hier wie dort bereiten sich die beiden Supermächte und ihre Bündnispartner und Lakaien auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg um die Weltherrschaft vor.

PARTEIVERANSTALTUNGEN

Hamburg:
Veranstaltung zum Prozeß von Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert
2. 9. 19.00 Uhr, Altes Sängerheim, Oelkersallee

Wolfsburg:
Wahlveranstaltung am 18.9. um 19.00 Uhr im „Schwanensee", Hansaplatz